Donnerstag, den 29. Oktober 1931 — Einzelnummer 10 Pfennige — 42. Jahrgang — Nr. 253

Volkswacht
für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sp... ...ämpfer",

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5; Matthias-straße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigen: ... 70 Pf. Familien-... Versammlungs- und ... Wort 3 Pf., das fette Wort ... müssen bis vormittags 11 Uhr ... Flurstraße 4/6 oder in den Zweigst... ...aus Schlesien ...en unter Text ...che, Vereins-, ... Anzeigen pro ...nächste Nummer ...Haupt-Expedition ...en werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Politischer Erdrutsch in England

Alleinherrschaft der Konservativen in England

Die britischen Konservativen haben allein mehr als eine Dreiviertelmehrheit – Die Regierungsparteien zusammen bilden 9/10 des Parlaments
Die jetzige Opposition (Labour-Party) hat nur 60 Mandate

London, 29. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Das Ergebnis der englischen Wahlen liegt nunmehr bis auf vierzehn Einzelergebnisse vor, die zum Teil heute, zum Teil erst in den nächsten Tagen eingehen werden. Es stimmten

für die Regierung:

Konservative	472	(263)
Nationale Arbeiterpartei	13	(15)
Nationale Liberale	70	(58)
Nationale Parteilose	3	(10)
insgesamt	558	(346)

gegen die Regierung:

Arbeiterpartei	50	(265)
Lloyd-George-Liberale	7	(—)
Parteilose	3	(—)
Mosley-Partei	0	(—)
insgesamt	60	(269)

Die Arbeiterpartei hat insgesamt 6,7 Millionen Stimmen aufgebracht. Das sind etwa 60 Prozent der konservativen Stimmen von 11,7 Millionen. Trotzdem erhält die Arbeiterpartei kaum mehr als 10 Prozent der konservativen Abgeordnetenzahl. Während bei den Konservativen auf rund 35 000 Stimmen ein Abgeordneter kommt, hat die Arbeiterpartei für einen Abgeordneten 140 000 Stimmen aufbringen müssen. Bei den Liberalen, die etwas über 1,8 Millionen Stimmen erhielten, entfällt auf 30 000 Stimmen ein Abgeordneter.

Von der Labour-Regierung sind, abgesehen von Macdonald und seinen Anhängern, Lansbury, der ehemalige General-Rechtsanwalt Scripps und der Kabinettsminister Attlee ins Parlament zurückgekehrt. **Alle anderen sind geschlagen.** Die führenden Minister der Nationalregierung haben sich dagegen in allen Fällen eine Mehrheit gesichert.

Von den insgesamt gewählten zwölf weiblichen Abgeordneten sind acht zum erstenmal in das Unterhaus eingezogen. Mit Ausnahme der Tochter Lloyd Georges, die zu ihrem Vater hält, sind alle weiblichen Abgeordneten konservativ.

Die Mehrheit Lloyd Georges, der ebenso wie seine Tochter und sein Schwiegersohn wiedergewählt wurde, hat sich stark vermindert. Der Vorsitzende der Liberalen Partei Ramsay Muir ist geschlagen worden. Maxton und Buchanan wurden wiedergewählt. Macdonald hat seinen Parlamentssitz in Seaham gehalten, und zwar mit der Mehrheit von 5900 Stimmen gegenüber einer solchen von 28 800 Stimmen im letzten Wahlkampf. Sir John Simon erhielt eine Mehrheit von 13000 Stimmen.

Der Wahlsieg der nationalen Regierung Macdonalds ist des ehemaligen Labour-Führers Triumph und Tragödie zugleich. **Der Wahlkampf hat sein Lebenswerk, die Labour-Party, um Jahre zurückgeworfen.** Bei einer zurückhaltenden Aeußerung über das Ergebnis der Wahl und seinen Sinn sagte der Premierminister am Mittwoch: „Zwei erfreuliche Vorgänge sind zu verzeichnen: der Sieg von Thomas und derjenige von Sir Herbert Samuel. Nichts zeigt deutlicher, daß es sich bei dieser Wahl um eine nationale Regierung und nicht um eine Parteiwahl gehandelt hat."

Macdonald, Snowden und Baldwin haben Botschaften veröffentlicht, in denen sie betonen, daß der Wahlsieg nicht als „Parteisieg" betrachtet werden soll.

Macdonald wird heute vom König empfangen werden. Damit nimmt die Kabinettsumbildung ihren Anfang. Snowden, der nicht kandidiert hat und schon insofern nach der englischen Verfassung nicht Minister bleiben kann, scheidet aus dem Schatzamt aus und wird in den Lordstand erhoben. Als sein Nachfolger wird Neville Chamberlain genannt.

Führer der Parlamentsfraktion der Labour-Party wird voraussichtlich Lansbury werden. Außerdem wird Scripps genannt.

Das Urteil der Parteiführer über den Wahlausfall

London, 29. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Der Führer der Arbeiter, Henderson, erklärte am Mittwoch abend zu dem Ausfall der englischen Wahlen u. a.:

„Das Manöver der Konservativen Partei hat einen Erfolg gehabt, der die kühnsten Hoffnungen ihrer Führer übertroffen hat. **Der Sache der Arbeiterpartei ist im Parlament ein mörderischer Schlag versetzt worden.** Das neue Unterhaus wird nur ein Spiegelbild einer parlamentarischen demokratischen Vertretung sein. Vom Standpunkt des nationalen Interesses aus ist dies eine Gefahr und ein Unglück."

Baldwin erklärte: „Die Nation hat einen großen und entscheidenden Sieg erfochten. Es ist kein Sieg einer Partei, sondern eine deutliche Erklärung des gesamten Volkes zugunsten einer nationalen Zusammenarbeit, damit die Wohlfahrt unseres Landes wiederhergestellt wird. Die Wirkung auf die Meinung des Auslandes kann nicht überschätzt werden."

Macdonald erließ am Mittwoch abend eine Botschaft an das Volk, indem er den Millionen von Wählern aller Parteien dankt, die im gegenwärtigen Augenblick dringende nationale Erfordernisse über Parteistimmungen und Parteifragen gestellt haben. Die einzigartige Mehrheit, die aus den Wahlen hervorgegangen sei, müsse die ganze Welt überzeugen, daß ein Hilferuf des Landes immer einen Widerhall in den Herzen derjenigen finden werde, die guten Willens seien.

Wie die Pariser Rechtspresse über den Wahlausgang denkt

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Ausgang der englischen Wahlen bildet in der Pariser Nachmittagspresse vom Mittwoch das Hauptthema der politischen Betrachtungen. Der „Intransigeant" schreibt dazu: „Begrüßen wir vor allem in dem Ergebnis der englischen Wahlen nicht den Triumph einer Partei über die andere, sondern die Wiederaufrichtung eines großen Volkes, das entschlossen ist, sich selbst zu retten. Die Lage Englands war während der letzten Tage der Arbeiterregierung tragisch, ja fast verzweifelt. MacDonald, Snowden und Thomas haben den Mut und die Offenheit gehabt, dieses einzugestehen und ihrem Volke ins Gesicht zu sagen. Das Volk hat es verstanden."

Im „Temps" heißt es: „Die Niederlage Hendersons, der es für notwendig hielt, sich von Macdonald zu trennen, um Führer der Opposition zu werden, ist besonders charakteristisch für die Bewegung, die sich zurzeit in England gegen die Arbeiterpartei und gegen die Gewerkschaften entwickelt. Ein Ereignis von großer Bedeutung hat sich gestern in England vollzogen. Seine Rückschläge werden für die englische Innenpolitik und die allgemeine Politik tiefgehend sein. Man ist berechtigt zu glauben, daß diese Tatsache geeignet ist, das Vertrauen zu befestigen."

* * *

A. Kr. Der Sieg der britischen Konservativen ist noch größer als gestern bereits erkennbar war. Die Konservativen können, wenn sie wollen, jederzeit ganz allein regieren, sie haben allein eine so große und sichere Mehrheit, daß Macdonald und seine Freunde jetzt völlig ihre politischen Gefangenen sind. Vielleicht werden die Konservativen zunächst noch, etwa für ein halbes Jahr oder so, die sogenannte „nationale" Regierung, d. h. die Koalitionsregierung mit der kleinen Gruppe der „nationalen Arbeiterpartei" Macdonalds und den Samuel-Liberalen, bestehen lassen, lange wird das aber sicher nicht dauern, und auch diese Regierung wird nur eine rein konservative Politik treiben, weil sie auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament gar keine andere Politik treiben kann. Bestenfalls gibt es also einen Bürgerblock und eine Bürgerblockregierung, die unter Führung der leitenden Minister der früheren Arbeiterregierung entstanden ist, wahrscheinlich aber kommt über kurz oder lang eine reine Rechtsregierung, die von denselben bisher sozialistischen Arbeiterführern aus der Taufe gehoben wurde. Eine tragische Groteske ohnegleichen!

Daß die Arbeiterpartei eine so schwere Niederlage erlitten hat, ist wahrlich kein Wunder. Das riesige Ausmaß der Niederlage ist ja allein auf das ungerechte Wahlrecht zurückzuführen, das in England noch besteht, und dessen ganze Sinnlosigkeit sich diesmal so klar wie noch nie enthüllt hat. Dies Ausmaß ist ja auch nur in bezug auf die Zusammensetzung des Parlaments so groß; die wahre Größe der Niederlage ergibt sich aus dem Rückgang der Stimmziffern der Arbeiterpartei und beträgt etwa 25 Prozent. Diese Niederlage selbst aber ist leicht zu erklären. Denn wie sollte die Wählerschaft nicht mindestens vorübergehend an einer Partei irre werden, deren bekanntesten Führer, deren Ansehen gerade in den letzten Jahren durch die Politik ihrer Partei und durch ihre eigene politische Arbeit innerhalb und außerhalb Englands ganz außerordentlich gestiegen war, sich selbst mit aller Kraft gegen die Partei wenden, die sie bisher geführt haben, diese Partei aufs schärfste angreifen und ihr vorwerfen, sie lasse das Land gerade in schwerster Stunde im Stich. Zumal in einem Lande, in dem, wie in England, auch heute noch die großen politischen Entscheidungen und die Führung des Staatswesens als eine Leistung weniger Einzelpersonen angesehen werden, in dem geistig auch heute noch stark individualistischen England muß das die Wähler, und zwar gerade auch die Arbeiterwähler, verwirren. Es muß bewirken, daß sie sich nicht mehr austennen. Ist dem aber so, dann muß gesagt werden, daß es sich bei diesem Wahlausfall, der sich parlamentarisch als der gleiche Erdrutsch darstellt, den wir vor etwas über einem Jahre erlebt haben, auch innerlich um einen ähnlichen Vorgang wie das Anwachsen der Nazis in Deutschland handelt. Der Wahlausfall ist ein Beweis völliger Verwirrung der Wählerschaft, der Hintansetzung jeder sachlich-objektiven Prüfung der zur Entscheidung stehenden Fragen und der in der letzten Zeit getroffenen gesetzgeberischen Maßnahmen zu gunsten einer reinen Gefühlsentscheidung. Die große Arbeitslosigkeit und Not, die auch in England herrschen, haben das noch gefördert. Das Tragische aber ist, daß dort diese Entwicklung niemals die Stärke erreicht hätte, die sie erreicht hat, wenn nicht die ehemaligen Führer der Arbeiterpartei selbst auch dieser Not- und Krisensuggestion erlegen wären. Daraus kann man ersehen, wie wichtig es ist, daß die deutsche Sozialdemokratie in dem ungeheuren Sturm, der sie umbraust, die Nerven nicht verliert und nicht auch der Not- und Krisensuggestion erliegt.

Die Angst des polnischen Gerichts vor der Wahrheit

Unterdrückung der Berichte über den Prozeß gegen die Opposition wegen des tiefen Eindrucks in der Oeffentlichkeit – Pilsudskis Anhänger bereiten die Ausrufung der Monarchie vor

Warschau, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Prozeßberichte über die Gerichtsverhandlung gegen die ehemaligen Gefangenen von Brest-Litowsk werden jetzt wegen ihres tiefen Eindrucks auf die polnische Oeffentlichkeit **von der Polizei systematisch zensiert.** Vollständig unterdrückt wird z. B. eine Erklärung Liebermanns, **er besitze Beweismaterial dafür, daß die Pilsudski-Anhänger die Ausrufung der Monarchie in Polen vorbereiteten.** Der Prozeß sei durch seine strafrechtlichen Folgen — Anwendung des zaristischen Majestätsbeleidigungsrechts auf den Schutz des Staatspräsidenten — zweifellos auch ein Schritt zur Umgestaltung der Rolle des Staatsoberhauptes im monarchistischen Sinne.

In der Mittwoch-Verhandlung kamen zunächst die beiden letzten sozialistischen Angeklagten, Dr. Pragier und Abgeordneter Ciolkosz zu Wort. Während Pragier sachlich den Rechtskampf des Parlaments gegen die finanzpolitischen Mißbräuche des Pilsudski-Regimes schilderte, beschäftigte sich Ciolkosz in einer überaus wirksamen Rede mit den angeblichen Umsturzvorbereitungen der Sozialisten. Die Anklage macht Ciolkosz u. a. auch eine vor Berliner Sozialisten gehaltene Rede zum Vorwurf, in der er sich für eine Grenzänderung ausgesprochen und damit Landesverrat begangen haben soll. **Ciolkosz kann aber durch ein rechtskräftiges Urteil nachweisen, daß er sich für die deutsch-polnische Verständigung ohne Grenzänderung ausgesprochen hat.** Als Ciolkosz über Brest-Litowsk sprechen wollte und darauf hinwies, daß er dort in seiner Ehre als Frontoffizier beleidigt worden sei, **drohte ihm der Vorsitzende mit Wortentziehung. „Aber selbst Räuber und Mörder, — so antwortete Ciolkosz — die von der Polizei mißhandelt wurden, dürfen sich darüber bei Gericht beschweren. Wo sollen wir denn Gerechtigkeit suchen, wenn nicht vor Gericht?" Der Vorsitzende entzog dem Angeklagten nach diesen Aeußerungen das Wort.**

Anschließend kam der frühere Ministerpräsident Witos zu Wort, ein gemäßigter Bauernführer, der nachweist, wie fern ihm der Gedanke an einen gewaltsamen Umsturz gelegen hat. Das polnische Landvolk sei durch die parlamentarische Demokratie zur Wahrnehmung seiner Rechte und zur Einordnung in das Staatsleben erzogen worden. In der Diktatur aber fühle sich jeder Dorfpolizist als kleiner Diktator. Wenn der Staatsanwalt Anklage wegen Umsturzes erheben wolle, so gehörten nicht die Führer des Linksblocks, sondern ganz andere Leute auf die Anklagebank.

Hitler wagt nicht zu antworten

Er kann nicht bestreiten, daß er der politische Lakai des Unternehmertums ist

Harzburg liegt nun bereits fast drei Wochen hinter uns. Hitler hat aber bis jetzt noch immer keine Zeit gefunden, auf drei Fragen zu antworten, die jeden Arbeiter in Deutschland aufs stärkste interessieren. Diese drei Fragen sind von dem Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", kurz vor Harzburg an Hitler gerichtet worden. Sie lauten:

1. **Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und Tarifverträge sind?**
2. **Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Hartz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerschlagen?**
3. **Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen läßt?**

Hitler kennt seit mehr als 14 Tagen diese Fragen. Er schweigt aber. Wohl quält sich da und dort ein Hinz oder Kunz der Nazipartei damit ab, die christlichen Gewerkschaften zu beruhigen und zu versichern, die Partei Hitlers sei nicht sozialreaktionär — **der Führer der Partei aber, Hitler selbst, schweigt.** Der „Deutsche" hat daher in seiner Donnerstag-Nummer von neuem seine drei Fragen an Hitler gerichtet. Er will Antwort haben, und zwar Antwort vom „Führer". Er begründet seine Forderung folgendermaßen:

„Sein (Hitlers) Wort wäre eine gewisse Garantie, so lange es durch gegenteilige Taten nicht aufgehoben würde. Eine Beantwortung unserer Fragen durch Hitler selbst ist auch schon aus dem Grunde notwendig, weil Hitler, ganz abgesehen von der Harzburger Tagung, wiederholt im engsten Kreise der Arbeitgeber Vorträge gehalten hat. Der Umstand, daß er bisher nicht das Bedürfnis hatte, im Kreise der Gewerkschaftsführer über seine Ziele zu sprechen, lichtet nicht den dunklen Verdacht, der jedesmal dann auftauchte, wenn bekannt wurde, daß Hitler mit der Schwerindustrie Fühlung suchte."

Wenn es wahr sei — so betont „Der Deutsche" weiter —, was die Presse der Nazis Tag für Tag betone, daß nämlich mit der „schuftigen Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalistenklasse aufgeräumt" werden solle, dann werde Hitler dafür vergeblich unter den Arbeitgebern um Anhänger werben. Wenn diese sich aber trotzdem teilweise für ihn begeistern, dann werde auch dadurch der Verdacht, daß er doppelt spielt, nicht gemindert. Die an Hitler gerichteten Fragen seien mit größtem Ernst in einem Augenblick gestellt worden, als von „ganz zuverlässiger Seite" berichtet worden sei, daß Hitler auf Verlangen der Schwerindustrie wieder versichert habe, er werde seine Partei gegen Tarifvertrag und Gewerkschaften anhetzen.

Die christlichen Gewerkschaften werden vergeblich auf die von ihnen geforderte klare Antwort warten. Hitler kann sie nicht geben. Würde er offen und ehrlich sagen, was er mit seiner Partei erstrebt, dann hätte er bei den Arbeitern bald ganz ausgespielt. Er kann nicht sagen, was er mit den Arbeitgebern, mit seinen Geldgebern, abgekartet hat. Die Wahrheit sagen, wäre für ihn gleichbedeutend mit politischem Selbstmord. Deshalb wird das gemeine Doppelspiel der Hitlerpartei weitergespielt werden.

Die Mörder des Schupobeamten festgestellt

Alle Täter und Mithelfer sind Kommunisten

Der Mord an dem Polizeibeamten Niederwerfer ist bereits aufgeklärt worden. Fünf Personen, **sämtlich Funktionäre der KPD., konnten als Täter und Mitglieder einer Terrorgruppe festgenommen werden.** Zwei der Täter, darunter der Haupttäter Klohs, sind noch flüchtig. Die übrigen konnten verhaftet werden.

Die Feststellungen der Polizei ergaben, daß die KPD. am Sonntag abend eine größere Anzahl von Mitgliedern, insbesondere die Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus, im kommunistischen Volkshaus in Gelsenkirchen kampfbereit versammelt hatte. Planmäßig wurden regelrechte Patrouillen in die Stadt geschickt, politische Gegner zu beobachten. **Klohs rüstete mehrere kommunistische Funktionäre mit Armeepistolen aus und begab sich mit ihnen auf die Straße,** wo kommunistische Kampflieder und Rufe „Heil Moskau" und „Rot Front" angestimmt wurden. So wurde der Zusammenstoß mit der Polizeistreife herbeigeführt, der dem Oberwachtmeister Niederwerfer das Leben kostete. Der Hauptschütze war Klohs. Zwei seiner Komplizen wurden bei der Schießerei verwundet und zu einem kommunistischen Samariter geschleppt, der sie verband. Einer unbeteiligten Frau wurden die später verpackten Waffen als „Weihnachtspaket" übergeben. Diese schenkte das Paket einem Freunde, der die Waffen in seinem Keller unter Schlammkohle vergrub. Die Kriminalpolizei hat das Versteck ausfindig gemacht und die Waffen und 200 Schuß Munition beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden auch zwei Mitglieder der KPD. festgenommen, die derselben Terrorgruppe angehören und nachweislich in den letzten Tagen im Hitlerhaus in Gelsenkirchen mehrmals die Fensterscheiben eingeworfen haben.

Der Haupttäter Klohs ist elfmal wegen Meuterei, Einbruch, Zuhälterei und Körperverletzung erheblich vorbestraft. Auch die anderen Mordbuben sind schwere Jungen.

Sieg der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei

Einmütige Vertrauenserklärung des Reichsausschusses für die Fraktion

Am Mittwoch tagte in Berlin der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei. Ueber die Sitzung wurde folgender parteiamtliche Bericht herausgegeben:

„Der aus allen Teilen des Reiches stark besuchte Reichsausschuß der Wirtschaftspartei nahm in seiner Sitzung am Mittwoch Kenntnis von den Gründen, die die Haltung der Reichstagsfraktion bei den Abstimmungen im Reichstag bestimmt haben. Er überzeugte sich, daß die Haltung der Reichstagsfraktion von der Rücksicht auf die weltpolitische, innenpolitische und die wirtschaftliche Gesamtlage vorgeschrieben war. Der Reichsausschuß erwartet, daß die Fraktion ihre Bemühungen um die Bildung einer von allen nationalen Kräften des Volkes getragenen Regierung fortsetzt und sichtbare Maßnahmen zur Belebung der schwer daniederliegenden deutschen Gesamtwirtschaft durchsetzt.

Die Abstimmung ergab, bei einer Stimmenthaltung, daß der Reichstagsfraktion das volle Vertrauen für ihre Haltung, bei der sie das Vaterland über die Partei stellte, ausgesprochen wurde."

Otto Wels über Englands Wahlen und die Lage in Deutschland

In einer Kreismitgliederversammlung des Kreises Friedrichshain der Berliner Sozialdemokratie sprach Otto Wels am Mittwoch abend über „Die wirtschaftliche und politische Lage und die Stellung der Partei".

Wels befaßte sich bei dieser Gelegenheit u. a. auch mit dem Ausgang der englischen Wahlen und führte u. a. aus: Auch die Konservativen werden international die Wege gehen müssen, zu denen sie die Wirtschaftslage zwingt. Die kapitalistische Wirtschaft hat Hoover in Amerika und auch Laval in Frankreich mit seiner reaktionären Kammer gezwungen, eine Politik der internationalen wirtschaftlichen Verständigung zu treiben. Auch England steht unter den gleichen Schwierigkeiten wie Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist prozentual ebenso groß bei uns und hat sogar früher als in Deutschl eingesetzt. In einer Zeit, da bei uns fast alle Hände beschäftigt waren, hatte England schon seine Sorge der Erw losigkeit. Sie begann, als nach dem Kohlenlieferungsvertrag Spa 1920 die deutschen Arbeiter Ueberstunden machen mu in den englischen Bergwerken aber Entlassungen vorgenom werden mußten. Für die englische Maschinenindustrie trate Auswirkung der deutschen Sachlieferungen an Frankreich Belgien die gleichen Schwierigkeiten ein. Wir Sozialisten s damals, daß die Reparationen nur möglich seien, wenn wi anderen in Grund und Boden konkurrierten, und das würde alle ein unerträglicher Zustand werden. **Wir haben recht halten.** Daneben stand der englische Wahlkampf unter Zeichen der Arbeitslosenversicherung. Auch hier ergeben sich Deutschland Parallelen. Ueberall wankt der Kapitalis Deshalb wird Sturm gegen die Arbeitslosenversicherung gegen alle sozialpolitischen Errungenschaften gelaufen. haben bei diesem Kampf unsere Tolerierung der Regie Brüning davon abhängig gemacht, daß die Bestimmungen in Notverordnung vom Juni über den Abbau der Arbeitsl versicherung rückgängig gemacht werden. Wir haben in di Kampf Erfolg gehabt. **Unsere weiteren sozialen Anträge hä eine Mehrheit gefunden, wenn die Kommunisten und Natio sozialisten im Reichstag mit uns gegangen wären. In Agitation haben die Nationalsozialisten die Unternehmer B sauger genannt. Mit uns im Reichstag gemeinsam gegen Blutsauger vorzugehen, das durften die nicht, weil sie in W heit die Knechte des Kapitalismus sind."**

Die Tagung von Harzburg zwinge zu engstem Zusamm rücken. Die Sozialdemokratie habe die Nerven behalten werde sie behalten, weil sie die Geschichte aus Erfahrung le und kein vom Winde zusammengetriebener Sandhaufen sondern die festorganisierte Partei der Arbeiterklasse.

Wels schloß: „Experimente sind für die verantwortl Millionenpartei der Arbeiterklasse unmöglich. Sie bedeu Zusammenbruch und Chaos. Aber wir führen den Kampf Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Wir führen ihn ge politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung. W kämpfen und werden schließlich siegen."

Verleumdungen der Rechtspresse über das Reichsbanner

Aus Angst vor dem Material des Bundes über den Braunschweiger Blutsonntag

Der Bundesvorstand des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teilt uns mit:

„Seit dem Hitlertag in Braunschweig steigern si die systematischen Bestrebungen der Rechtspresse das Reichsbanner zu verdächtigen. Die Ankündigun daß der Bundesvorstand das von ihm über die Braun schweiger Vorgänge gesammelte Material de zuständigen Regierungsstellen und der Oeffentlichkeit übergeben wird, hat **im Rechtslager sichtlich Beunruhigung hervorgerufen.** Um die Wirkung dieses Material abzuschwächen, werden in den letzten Tagen geflissentlich Nach richten verbreitet, daß es in Bremerförde, Reichenbac (Schlesien), Peitz usw. zu Ausschreitungen des Reichsbanner gekommen sei. Die Bundesleitung hat in jedem Falle ein gehende Erkundigungen eingezogen und festgestellt, da es sich bei den Behauptungen der Rechtspresse u

üble Tendenzmache

handelt und daß es nirgendwo zu den behaupteten Ausschreitungen gekommen ist. Es haben sich lediglich **einige kleinere, durch nationalsozialistische und kommunistische Provokationen hervorgerufene Zwischenfälle** ereignet. Mittler weile ist nun die Nummer 44 der Bundeszeitung „Das Reichsbanner" erschienen, die einen Teil des über die Vorgänge in Braunschweig gesammelten Materials enthält. Der Bundesvorstand wird **sämtliche Bekundungen, welche eidlich erhärtet werden können,** dem Reichsinnenminister in Form einer Denkschrift zuleiten."

Bauernbank zusammengebrochen

Rechtsradikale Bauernführer verantwortlich

Die Rheinische Bauernbank A.-G., Köln, die Filialen in München-Gladbach und Cleve unterhält, hat ihre Schalter geschlossen und das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt.

Die Rheinische Bauernbank ist ein nicht unbedeutendes landwirtschaftliches Dach-Institut der Rheinprovinz, das auf Aktiengrundlage stand und **dessen Kapital sich teilweise in der Hand der Führer der rechtsradikalen rheinischen Bauernbewegung,** teilweise aber auch im Besitz öffentlicher Banken befand. Im vorigen Jahre war bereits ein Verlust von 460 000 Mark zu verzeichnen. Das Kapital wurde seinerzeit auf 1 : 3 zusammengelegt und dann wieder auf 1½ Millionen erhöht. Schon in der vorjährigen Generalversammlung wurde scharfe Kritik an der Geschäftsführung und an der Höhe des Handelsunkosten geübt. **In hohem Maße verantwortlich dafür waren die rechtsradikalen Bauernführer v. Leo und Freiherr v. Lueninck,** die nacheinander die Posten des Aufsichtsrats bekleideten und zugleich Präsidenten der rheinischen Landwirtschaftskammer waren.

Die Versuche, die Bank zu sanieren oder stützen zu lassen, sind gescheitert, da man auch bei den unter den jetzigen Verhältnissen in Frage kommenden zentralen Bankstellen in Berlin das Unternehmen nicht mehr für kreditwürdig und sanierungsfähig hielt.

PETER RISS

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Tackelreiter-Verlag G. m. b. H., Hamburg-Bergedorf

41. Fortsetzung.

Und dann fangen wir plötzlich an zu singen, — wir haben noch nicht einmal in Döberitz gesungen. Ich fange an... Adamczik fällt ein... dann brummt auch Kilb neben mir mit... der Regen prasselt dabei auf unsere Helme und Gewehre... schnell ist der Boden durchweicht... aber wir singen.

Aber am nächsten Tage fährt Adamczik auf drei Tage nach Berlin. — Als er zurückkommt, trägt er einen eisernen Ring am rechten Ringfinger. Er ist in sich gekehrt und sagt nur ein paar Worte: „Jetzt haben wir Oktober", er zählt leise an den Fingern ab. . . . . „im dritten Monat . . . . wart' mal . . . . im April kommt der Kleene . . . .", er sieht mich eigenartig an . . . . seine Augen sind weit, weit weg: . . . . . dann wern wir wohl wieda bei Murten sind . . . ." — — —

Wir haben Bettruhe, denn wir sind zweimal geimpft worden: gegen Typhus und Cholera. Es muß ein verdammtes Gift sein, das uns eingespritzt wurde. Wir haben alle große Schmerzen; trotzdem wurde heute morgen versucht, uns zum Exerzieren zu führen. Aber nach zehn Minuten sackten schon sechs Mann um — dann erst wurde „Kehrt marsch!" befohlen.

Jetzt liegen wir in den Baracken herum, und ab und zu stöhnt jemand in Schmerzen auf und wühlt auf seinem Lager herum, weil er nicht zur Ruhe kommen kann.

Der dicke Grützmacher schnarcht, dem hat es nichts ausgemacht. Solch ein Fettpolster kann noch mehr vertragen. Heute morgen hat dieser Bauernjunge wieder zwei Pakete mit Fettigkeiten von Haus bekommen, obwohl er seine Reserven noch nicht mal aufgebraucht hatte. Dabei paßt der Dickwanst wie ein Schießhund auf, daß ihm nichts gestohlen wird. Vorige Woche ist ihm aber doch ein ganzes Paket „gewuppt" worden. Niemand weiß, wer es getan hat. Was kümmert es uns auch: insgeheim freuen wir Ausgehungerten uns darüber.

Ich hatte bei der Gelegenheit auch ein Drittel Leberwurst geerbt: eines Morgens, als ich das Bett baute, lag es unter meinem Kopfteil. Ich war so erstaunt, daß ich fast an Wunder glaubte. Erst als einige Minuten später ein grimmiges Geflucke aus Grützmachers dickem Wanst kam, wußte ich Bescheid und stopfte das ganze Stück Wurst auf einmal in den Mund; denn aufbewahren darf man so etwas keinen Augenblick. Richtig kam nach der Meldung an den diensttuenden Unteroffizier — es war ausgerechnet der Magdeburger — auch gleich anschließend die Durchsuchung aller Brotbeutel, Spinde, Tornister, Betten, überhaupt der ganzen Baracke. Gefunden wurde nichts; denn alles konnten sie durchschnüffeln — nur die Mägen der Glücklichen nicht, die einen Teil erwischt hatten. Draußen vor der Baracke wurde dann zwanzig Minuten strafexerziert. Aber wir machten das „Auf — hinlegen!" so „gut", daß dem Magdeburger vor Wut die Tränen in die Augen kamen. Zum Schluß lachte der Zug ihn mit einem großen Gebrüll aus. Grützmacher stand während der Zeit vor der Baracke und durfte zusehen. Später haben ihm ein paar Mann liebevoll in den Hintern getreten und in der darauffolgenden Nacht kam der „heilige Geist" über ihn: Erst standen in seinem Bett drei Schüsseln mit Waschwasser, das er beim Hineinlegen verschüttete, so daß er auf dem Boden pennen mußte.

In der Dunkelheit der Nacht wurde er dreimal von unbekannten „Geistern" aus unbekannten Stiefelschäften von oben bis unten mit Urin begossen; dann wurde er noch verprügelt, und um das Maß der Gerechtigkeit voll zu machen, stand am anderen Morgen unter seinem Bett der ausgeräucherte Karton. Geheimnisvoll war er wieder aufgetaucht. Er hatte seinen Inhalt wieder; aber das war der bereits verdaute. . . . . Zu seinem Glück hat der Dicke das nicht gemeldet, sonst wäre ihm noch mehr passiert. Ich habe Bumann im Verdacht; ich glaube, er war es auch, der mir das Drittel Wurst zusteckte. Er hatte so merkwürdig plötzlich mächtige Bauchschmerzen an jenem Morgen. — —

Durch Grützmachers dicke, geöffnete Lippen gleiten in regelmäßigen Intervallen die vollendetsten Schnarchtöne: rrrrrrcht — pssss . . . . rrrrrrrr—t— pssssssssh — rrrrrrrrrcht . . . . pssssssssssh — — — —

Wir haben Bettruhe. Ja, ja, habe . . . . schöne „Bettruhe", denke ich; ich kann nicht einschlafen, vor Hunger und vor Schmerzen in der Brust, brennenden Schmerzen . . . . Die Brust ist mir rechts unter der Warze dick aufgeschwollen und feurig-rot. „Die haben ein neues Serum entdeckt", meint Berberich mit der Hühnerbrust. Er verzieht schmerzlich sein Gesicht. Er hat wohl am meisten unter der Impfung zu leiden. Ich sehe seine Brust an, seine nach außen spitz zulaufende schwache Hühnerbrust, und muß mich immer wieder wundern, daß dieser Mensch noch weiter mit uns durchhält. Bei ihm ist die ganze Brust feurig; er legt in Abständen kalte Umschläge drauf; denn niemand kümmert sich um uns, trotzdem sich über zwanzig Mann krank gemeldet haben. Wir wundern uns, daß uns wenigstens die Bettruhe gewährt wurde. „Dieses neue Serum ist bei uns zuerst angewandt worden", sagt Berberich weiter, „darauf könnt ihr euch verlassen. Wir sind immer nur die Versuchskaninchen: hier und überall." Dabei kommen ihm vor Schmerz und Wut die Tränen in die Augen.

Ich ziehe mir die Decke über den Kopf. Ich kann dieses Fettpolster, das sich Grützmacher nennt, nicht mehr ansehen und anhören. Ich will schlafen; ich will es wenigstens versuchen. Im halbträumenden Zustand habe ich dann Visionen von in langen Reihen aufmarschierenden Blut- und Leberwürsten gesehen.

Grützmacher hat zwei große Fettpakete. Eines davon wird irgend ein Vorgesetzter bekommen; denn Grützmacher spekuliert auf Urlaub, und mit Fettigkeiten kann man gut schmieren. . . . Das werden wir dir versalzen, denke ich und spreche zuerst mit Bumann. Der lächelt nur und nickt mit dem Kopf. „Eins hat er ausgepackt und im Spind verstaut — mehr ging da nicht hinein. Das Spind können wir nicht öffnen, das macht zu viel Radau. Aber das andere Paket hat er am Fußende liegen, noch ungeöffnet. Er hat es mit einem Brotbeutelband an den Fuß gebunden." „Er schnarcht wie ein Scheunendrescher", sage ich noch kurz zu Bumann und wir gehen zusammen zu Kilb. Dann wird ein regelrechter Plan entworfen: Wir legen uns erst alle drei wieder hin und warten eine halbe Stunde, damit, wenn uns jemand belauscht haben sollte, der Verdacht wieder verwischt wird. Dann wollen wir in Abständen von zehn Minuten aufstehen und uns die Hosen anziehen.

Ich habe den gefährlichsten Auftrag: ich soll das Band durchschneiden und das Paket schnell in einen Kissenbezug packen. Bumann soll am Kopfende stehen und, wenn Grützmacher erwachen sollte, einen Streit vom Zaune brechen, um ihn dadurch abzulenken. Wenn ich aber das Paket in Sicherheit habe, soll ich damit erst in mein Bett kriechen. Währenddessen wollen Kilb und Bumann schon draußen sein und wir wollen uns auf der Latrine zusammen treffen und alles aufessen.

(Fortsetzung folgt).

Das Ergebnis Anhalter Kommunalwahlen

A. Kr. Das Hauptergebnis der Anhalter Kommunalen vom letzten Sonntag ist, daß die Nationalsozialistische drauf und dran ist, das gesamte Bürgertum, mit Ausder Zentrumspartei, mehr und mehr in sich aufzusaugen. war, wohl bemerkt, leider auch das bisher linksstehende und ratische Bürgertum. Daß es dagegen der nationalsozialen Bewegung bisher in keiner Weise gelungen ist, in die stische Front in irgend einem spürbaren Maße einzubrechen. Wenn man freilich lediglich die Stimmziffern der letzten tagswahl vom 14. September 1930 mit den von den nen Parteien am letzten Sonntag erzielten Stimmziffern eicht, so könnte es zunächst den Anschein haben, als ob es den nalsozialisten doch gelungen wäre, auch in die sozialdemoche Front einzubrechen. Denn die Stimmenverluste der ldemokratie gegenüber den letzten Reichstagswahlen sind r als die Stimmgewinne der Kommunisten gegenüber der Reichstagswahl. Die Sozialdemokraten haben 17 000 Stimverloren, die Kommunisten aber nur 7000 gewonnen. Dieser leich allein aber kann die tatsächliche Entwicklung nicht klarlegen. Und zwar deshalb nicht, weil in Anhalt im Gegensatze zu der politischen Entwicklung in allen anderen en Landesteilen, die Sozialdemokratie bei der Reichstags vom September 1930 gegenüber der vorhergehenden indewahl im Jahre 1927 an Stimmen gewonnen und verloren hatte. Stellt man die von der Sozialdemokratie den jetzigen Kommunalwahlen erreichte Stimmziffer deren gegenüber, die sie bei den letzten Kommunalwahlen im 1927 erreicht hätte, so ergibt sich, daß sie ihr gegenüber nur Stimmen verloren hat, während die Kommunisten gegenden Kommunalwahlen in Anhalt vom Jahre 1927 15 000 men gewonnen haben. Während bei den Kommunalwahlen ahre 1927 die sogenannte marxistische Front, die ja leider wirkliche Front ist, 91 000 Stimmen erlangt hatte, hat sie fast 98 000 Stimmen erlangt, was allerdings immer noch Stimmen weniger sind als bei der Reichstagswahl 1930. darf nicht übersehen werden, daß das Jahre 1927, in die Sozialdemokratie in der Opposition war, die günstigste für die Sozialdemokratie war, wesentlich günstiger als 1930. lich ist der Zuwachs von 1930 offensichtlich eine rein vorgehende Erscheinung, die aus besonderen, von hier aus nicht sehbaren, wohl lokalen Ursachen entsprungen ist, eine Erung, deren Wiederverschwinden daher aber auch keine große utung beigelegt werden darf.

Noch klarer tritt die Tatsache hervor, daß den Nationalisten der Einbruch in die marxistische Front nicht gelungen ährend sie das ganze Bürgertum auffressen, wenn wir uns Zusammensetzung der neuen Kreisräte und der neuen Stadtmente ansehen und sie mit der bisherigen Zusammensetzung leichen. Im Kreis Dessau, im Kreis Zerbst, im Kreis Bern- im Kreis Ballenstedt ist die gesamte Mandatsziffer der rxistischen Front" (Sozialdemokraten und Kommunisten zuen) unverändert geblieben. Dem Mandatsverlust Sozialdemokratie steht ein genau so großer Mandatsgewinn Kommunisten gegenüber. (Kreis Dessau: früher 9 + 1, jetzt ; Kreis Zerbst: früher 6 + 1, jetzt 5 + 2; Kreis Bernburg: r 5 + 3, jetzt 7 + 4; Kreis Ballenstedt: früher 6 + 0, jetzt). Lediglich im Kreis Köthen hat sich die gesamte Mandats- der marxistischen Front verändert. Sie ist aber nicht ge-, sondern um eins gestiegen (früher 7 + 0, jetzt 6 + 2). o hat die marxistische Front insgesamt in en Kreisräten ein Mandat gewonnen und ns verloren. Das Ergebnis ist trotzdem für uns Sozialoraten natürlich sehr wenig schön, weil unsere Partei dabei eine ganze Anzahl Mandate verloren hat, nämlich 7 Stück. Mandatsziffer der Sozialdemokratie allein ist in allen Kreis- zusammen von 36 auf 29 gesunken, während die Gesamtdatsziffer der ganzen „marxistischen Front" von 41 auf 42 gen ist. Aber von einem Einbruch in die marxistische Front die Nationalsozialisten kann in keiner Weise die Rede sein. as Zentrum, das in sich eine größere Arbeitergruppe birgt, nhalt nicht vertreten ist, so heißt das aber, daß das Anen der Nazis allein auf einem Erfassen bürgerlicher, garnicht proletarischer Schichten beruht. Die NSDAP. ist eine rein erliche Partei, keine Arbeiterpartei.

Wie sieht es dagegen auf bürgerlicher Seite aus? Da be- im Jahre 1927 in allen fünf Kreistagen zusammen alle erlichen Parteien außer den Nationalsozialisten 43 Mandate. elben bürgerlichen Parteien ohne Nationalsozialisten haben en neuen Kreistagen zusammen nur noch ganze elf ndate übrig behalten. Dagegen ist die Mandatszahl der onalsozialisten von null im Jahre 1927 auf 31 im Jahre 1931 gen. Die Nationalsozialisten haben also ⅔ aller Mandate Bürgerlichen auf den ersten Ansturm erobert. Auch die erliche Linke ist dadurch außerordentlich schwer mitgenommen en, so sehr, daß sie fast als vernichtet angesehen werden muß. date in den Kreistagen hat die Staatspartei diesmal nämlich haupt nicht mehr erhalten, während sie in den alten Kreis- zusammen immerhin noch 5 Mandate besaß. Allerdings die Staatspartei immerhin noch so viel Stimmen erhalten nlich etwas über 8500), daß, wenn es sich um einen Wahlkreis eite, daraus zwei Mandate sich ergeben würden. Durch Verteilung der Stimmen auf die fünf Kreise sind sie aber so plittert, daß es in keinem Kreis zu einem Mandat gelangt hat.

Aus dieser Berechnung ergibt sich aber außerdem, daß das emte Bürgertum einschließlich Nationalialisten bei den Kommunalwahlen ein Mandat an marxistische Front hat abgeben müssen. Und rend insgesamt das Bürgertum früher eine knappe Mehrheit zwei Mandaten hatte, ist die Mandatsziffer der marxistischen t und des gesamten Bürgertums in den fünf Kreisen zumen jetzt genau gleich groß.

Man sieht also, daß die Diagnose, die wir dem Bürgertum der nationalsozialistischen Bewegung in den letzten Monaten er wieder gestellt haben, auch durch diesen Wahlausgang er in vollem Umfange bestätigt worden ist. Die Nationalalisten werden immer mehr zu der bürgerlichen Sammelpartei. gelingt ihnen aber in keiner Weise, die sozialistisch-marxide Bewegung zu zerstören. Es handelt sich also bei dem en politischen Erdrutsch lediglich um eine politische Umtung im Bürgertum.

Insbesondere aber wachsen die Nationalsozialisten auch auf Kosten der bisherigen Rechtsparteien, der Deutschnationalen und der Volkspartei, auch der Wirtschaftspartei an. Der Sieg der Nazis ist eine Niederlage gerade auch dieser alten Rechtsparteien. So ging der Nationale Block (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) im Kreistag Dessau von 8 auf 2 Mandate zurück, im Kreistag Zerbst von 7 auf 2, im Kreistag Köthen von 7 auf 2 und eine weitere rechte Sonderliste von 2 auf 0, im Kreistag Bernburg von 8 auf 3 und im Kreistag Ballenstedt von 6 auf 2. Aehnlich war es in den Städten: in der Stadt Dessau ging sie von 11 auf 2 Mandate zurück, in der Stadt Bernburg von 9 auf 2, in der Stadt Köthen von 13 auf 2, in Roßlau von 10 auf 3 und in der Stadt Zerbst von 10 auf 3. Kaum ¼ ihrer bisherigen Mandatszahl hat also die alte Rechte retten können.

Trotzdem bedeutet für die sozialistische Arbeiterbewegung und damit überhaupt für die Arbeiterklasse auch dieser Wahlausgang eine weitere politische Schwächung. Denn die marxistische Front ist ja leider keine politisch aktionsfähige Front und die Vernichtung der bürgerlichen Linken bedeutet auch in sich selbst einen starken Ruck nach rechts. Während das Bürgertum immer reaktionärer wird und fast geschlossen nach rechts abströmt, so daß ein politisches Zusammenarbeiten wenigstens mit seinem linken, freiheitlich, demokratisch und sozial gesinnten Flügel immer mehr unmöglich wird, einfach weil dieser Flügel nicht mehr existiert, wird die politische Schlagkraft des Proletariats dadurch immer mehr geschwächt, daß der Kern der politischen Bewegung des Proletariats, die Sozialdemokratie, schwächer wird, während die Partei des Proletariats, die zu praktischen Aktionen nicht verwendbar ist, zunimmt. Mit anderen Worten: **Es würde der nationalsozialistischen Bewegung in keiner Weise gelingen, das Proletariat politisch zu schwächen, wenn nicht die verfluchte Spaltung in der Arbeiterbewegung vorhanden wäre. Wegen dieser Spaltung aber bedeutet der Wahlsieg der Nazi, obwohl er die Arbeiterklasse selbst garnicht ergreift, dennoch eine erhebliche politische Schwächung und Gefährdung des Proletariats.**

Endlich!

Herr Reinhart zieht endlich aus seiner Bloßstellung die Konsequenzen — Eingreifen der Staatsanwaltschaft im Schultheißskandal

Generaldirektor Reinhard von der Commerzbank hat der Reichsregierung in Verbindung mit der Skandalaffäre im Spritkonzern mitgeteilt, daß er den Sitzungen des Wirtschaftsbeirats bis zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht beiwohnen werde. Der Entschluß Reinharts dürfte nicht zuletzt auf das Eingreifen der Staatsanwaltschaft in die Angelegenheit zurückzuführen sein.

Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen auf Grund mehrerer Anzeigen gegen ehemalige Mitglieder des Generaldirektoriums beim Spritkonzern ein Ermittelungsverfahren wegen Untreue und Betrug eingeleitet. Am Mittwoch erfolgten die ersten Vernehmungen. **Es kann nach Lage der Dinge keinem Zweifel unterliegen,** daß Katzenellenbogen gegen eine ganze Reihe von Paragraphen des Handelsgesetzbuches in schwerster Weise verstoßen hat.

Krach zwischen Nazis und Deutschnationalen in Thüringen

Weimar, 29. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Im Verlauf einer sehr stürmischen Debatte, die sich aus Anlaß einer nationalsozialistischen Anfrage wegen der Versetzung zweier nationalsozialistischer Polizeibeamter im Thüringischen Landtag abspielte, ließ die Regierung außerordentlich scharfe Erklärungen gegen die Nazis abgeben. So erklärte Minister Kästner, **daß es angesichts der in der Presse der Nationalsozialistischen Partei vorgebrachten scharfen Angriffe gegen die thüringische Staatsregierung bei der steigenden politischen Beunruhigung in Thüringen nicht mehr tragbar erschienen sei, ein Mitglied der Nazis als Leiter der wichtigsten Polizeibehörde des Landes im Amte zu belassen.**

Die Gewerkschaften aller Richtungen einig

Gemeinsames Vorgehen im Wirtschaftsbeirat

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich nach Fühlungnahme mit dem Reichskanzler in einer gemeinsamen Beratung über ihre Haltung im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung verständigt. Die Gewerkschaften wollen, daß die Vertreter der Arbeitnehmerschaft im Beirat möglichst einheitlich vorgehen.

* * *

Die Fühlungnahme der Gewerkschaften mit dem Kanzler hat die Unternehmerpresse nervös gemacht. Sie betont, der Kanzler habe monatelang den Wünschen und dem Drängen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften immer wieder ein williges Ohr geliehen als den Vorschlägen der Vertreter anderer Parteien und anderer Interessengemeinschaften. Er müsse sich jedoch bewußt sein, daß er den freigewerkschaftlichen Vertretern diesmal nicht entgegenkommen dürfe, wenn er nicht die Verständigungsbereitschaft in dem fünfundzwanzigköpfigen Wirtschaftsgremium ins Mark treffen wolle.

Also keine Verständigung mit den Arbeitnehmervertretern? Kein Entgegenkommen an die Gewerkschaften? Das ist ein recht wenig erfreulicher Ton, der hier von der anderen Seite angeschlagen wird.

Wieder Lügen der Nazis festgestellt

Die Vorwürfe gegen den bayrischen Innenminister eine gehässige Verleumdung

München, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Korruptionsaffäre, die die Nazis des Bayrischen Landtags kürzlich dem verhaßten Polizeiminister Stützel anzuhängen suchten, hat sich **als ein übler Bluff herausgestellt.**

Am Mittwoch gab der Minister im Ausschuß eine eingehende Darstellung der Organisation des Hilfswerkes zum Wiederaufbau von Oppau (1922/25), den die Badische Anilin- und Sodafabrik mit insgesamt 16 Millionen Goldmark bezahlt hat. Andere Gelder standen dafür nicht zur Verfügung. Danach erstattete der bevollmächtigte Syndikus der Anilinfabrik, der damals die Kontrolle über die Verwendung der Gelder hatte, einen Bericht, aus dem hervorging, daß alle Revisoren das Geschäftsgebaren des Hilfswerkes vollkommen in Ordnung befunden haben. Es stellte sich heraus, daß die Unterlagen, deren sich die Nazis bedienten, **Bruchstücke aus den Akten des Hilfswerkes sind, die von einem Buchhalter unterschlagen worden waren.** Daß dieser Mann erst jetzt damit herausgerückt ist, ist darauf zurückzuführen, daß er sich heute in großer wirtschaftlicher Not befindet und sein Sohn Funktionär bei den Hakenkreuzlern geworden ist. Bei den Beschuldigungen wurde besonders Wert darauf gelegt, daß sich unter den Quittungen auch ein Posten von 1800 Mark befindet, die dem katholischen Pfarramt für Gebühren bezahlt wurden, die aus der Verleihung eines päpstlichen Ordens für den Wiederaufbaukommissar Stützel erwachsen sind. Die Anilinfabrik hat sich aber mit dieser Rechnung einverstanden erklärt.

Nach der Blamage im Ausschuß haben die Nazis davon abgesehen, den von ihnen angekündigten Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Landtag einzubringen.

Demokratisches Wahlrecht in Spanien

Madrid, 29. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Die Nationalversammlung beschloß am Mittwoch, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in der Verfassung zu verankern. Wählbar sind alle Staatsbürger über 23 Jahre, ausgenommen das aktive Militär.

Washington

Wird Frankreich handeln?

Berlin, 28. Oktober. (Eig. Bericht.)

Im Lichte des amtlichen Communiqués gesehen, ist das Ergebnis der Washingtoner Besprechung zwischen Hoover und Laval sicher nicht so reich wie es die Ankündigungen, die während der Seefahrt des französischen Ministerpräsidenten in die Welt verbreitet wurden, erwarten ließen, aber doch auch nicht ganz so mager, wie man nach den sensationellen Meldungen vom Sonntag vermuten mußte. In gewissen Kreisen sowohl in Frankreich wie in Amerika waren die Hoffnungen überspannt worden und die Annahme lag ja auch nahe, daß ein so groß angelegtes Unternehmen, wie ein Besuch des französischen Ministerpräsidenten bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, nicht mit den — im übrigen in ihrer Bedeutung auch überschätzten — europäischen Ministerzusammenkünften zu vergleichen sei. Aber mit Recht hat der dem Pariser Außenministerium nahestehende „Temps" schon vor einigen Tagen vor einer Ueberbewertung der Reise gewarnt. Es handele sich, so sagte er, nicht um den Abschluß eines Vertrages, der ja immer nur Sache der beiden Regierungen sein könne, sondern um freie und vertrauliche Unterhaltungen, in denen man sich von den wirklichen Absichten der beiden Regierungen und von den Möglichkeiten einer dauernden Zusammenarbeit auf dem großen internationalen Gebiet sowohl was die Politik, wie was die Finanzen und die Wirtschaft angehe, ein Bild machen könne.

Nun haben Laval und Hoover, wie das Communiqué besagt, alles erörtert, was zu erörtern war: die wirtschaftliche Weltlage, die politischen Beziehungen, die Abrüstungsfrage, die Regierungsschulden, die Stabilisation der internationalen Währung usw. Erörtern aber heißt nicht zu einem Entschluß und zu einer Entscheidung kommen. Jeder weiß nur im besten Fall vom anderen, wie er die Dinge ansieht; eine Einigung über die schwebenden und strittigen Fragen ist indessen offenbar nicht erzielt worden, und was am meisten Beachtung verdient, ist der Umstand, daß in der amtlichen Verlautbarung von der zuvor viel besprochenen amerikanischen Garantie für die französische Sicherheit überhaupt nicht die Rede ist. Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß sich das Laval nachgesagte Wort „hier ist nichts zu machen, Europa muß sich selber helfen", auf diesen Punkt bezieht.

Wir werden wohl nach der Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten noch nähere Einzelheiten über den Widerstand der Vereinigten Staaten gegen politische Zugeständnisse erfahren. Einstweilen wissen wir nur von den Auslassungen des Senators Borah über die dringende Notwendigkeit einer Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages. Herr Borah ist ein einflußreicher Mann. Er ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im amerikanischen Senat, und der Präsident der Vereinigten Staaten kann angesichts der parlamentarischen Lage in seinem Lande nicht wohl irgendwelche Verpflichtungen eingehen oder irgendwelche Versprechungen machen, wenn er der Opposition Borahs sicher sein muß. Indem dieser aber das Problem der deutschen Ostgrenze in die Debatte warf, verbaute er die Möglichkeit der Erfüllung der französischen Wünsche auf eine Unterstützung im Falle eines Krieges und schaltete damit eines der Kapitel, an dem Laval sehr viel gelegen war, aus der ernsthaften Erörterung vollständig aus.

Trotzdem aber muß zugegeben werden, daß doch einiges erreicht worden ist. Es hat immerhin seine Bedeutung, wenn die Wichtigkeit der Erhaltung des Goldstandards in Amerika und Frankreich festgestellt wird, denn es kann daraus doch wohl gefolgert werden, daß Frankreich nicht dazu beitragen will, durch weitere Abzüge von Gold die amerikanische Währungssituation zu verschlechtern. **Es ist ferner von Wichtigkeit, daß man übereingekommen ist, vor Ablauf des Hoover-Moratoriums eine Verabredung über die internationalen Schulden zu treffen** und daß dabei die an den internationalen Zahlungen und Reparationen beteiligten Mächte zum Ergreifen der Initiative aufgefordert werden, die doch nur die Einberufung einer internationalen Konferenz zum Ziele haben kann.

Am stärksten ins Gewicht aber fällt die Bekundung einer Uebereinstimmung bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die „den Weg für eine Hilfsaktion der beiden Regierungen ebnen dürfte." Dieses „dürfte" ist sicher sehr vorsichtig und wenig verbindlich. Indessen kann man doch die Hoffnung hegen, daß bei den Unterhaltungen in Washington ein Verständnis für die Notwendigkeit einer aktiven Hilfeleistung für die notleidenden und bedrohten Länder durch die Besitzer des Goldes aufgedämmert ist. Wenn aus dieser Erkenntnis praktische Schlußfolgerungen gezogen würden, und zwar bald gezogen würden, so hätte die Zusammenkunft von Washington noch ein Resultat gehabt, mit dem man zufrieden sein könnte. Doch hier wird es vor allem auf die Bereitwilligkeit Frankreichs ankommen, aus seiner Reserve herauszutreten, und in Frankreich waren es bisher eigentlich nur die Sozialisten, und in erster Linie ihr Führer Léon Blum, die das Interesse ihres Landes und die allgemeine Verbundenheit der Nationen richtig erkennend, immer wieder für ein Verlassen des Standpunktes unfruchtbarer Passivität eingetreten sind. Werden ihre Mahnungen jetzt ein stärkeres Echo bei den anderen Parteien und bei der französischen Regierung finden? Das ist die große Frage, die sich nach dem Abschluß der Washingtoner Konferenzen aufwirft.

STADTTHEATER

Donnerstag, 20 bis gegen 22.15
Boccaccio

Freitag, 18 bis gegen 23
Gastspiel Richard Groß
Die Meistersinger von Nürnberg

Sonnabend, 20 bis gegen 23.15
Die Zirkusprinzessin

LOBETHEATER

Täglich 20.15 — 22.15
Leutnant Komma

Sonnabend, 20.15
Zum 1. Male!
Ist das nicht nett von Colette?
musik. Lustspiel von Bertuch
Musik von Willi Rosen

THALIATHEATER

Täglich 20.15 bis 22.15
und Sonntag 15.30
Rêna

Sonnabend 20.15
Zum 1. Male!
Doppelselbstmord
Komödie von Anzengruber

Schauspielhaus

Gastspiel
Deutsches Theater, München
Täglich 8½ Uhr
Breslaus Sensation
Im weißen Rößl

Vorverkauf dauernd
Tel. 36400 und 33580

Sanitätsrat 4085
Dr. Mendelsohn
Rosenthaler Straße 21
Sprechstunden:
vormittags 11½—12½ Uhr,
nachmittags 3½— 4½ Uhr.

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Verband
der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter 4083

Sonntag, den 1. November 1931, vormittags 9½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17

Allgemeine
Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht vom Gewerkschaftskongreß.
   Redner: **Verbandsvorsitzender Kollege Meier, Berlin.**
2. Kassenbericht für das 3. Quartal 1931.

Die Versammlung ist derart wichtig, daß alle Mitglieder erscheinen müssen.

(Ohne Mitgliedsausweis keinen Zutritt!)

Genossen! **Fahrräder u. Ersatzteile** kauft Ihr am billigst. im **Fahrradhaus Sieg** Neumarkt 19 (neb. Barasch) Gegen Organisationsausweis 5% **Rabatt**

Pfänder-Versteigerung.

Am **12. November 1931, vormittags von 9 Uhr** ab findet in unserem Versteigerungsraum
Berliner Platz 2
die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten Pfänder, **gelbe Scheine bis Nr. 85 000** statt. Bietungskaution Rm. 10—. Ueberschüsse aus den versteigerten Pfandgegenständen können innerhalb eines Jahres, im Wohlfahrtsamt Breslau, abgeholt werden, anderenfalls diese in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen.

Breslau, den 28. Oktober 1931 4082

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.

Ledersohlen / Gummiabsätze
Schuhbedarfsartikel jeder Art
kaufst Du am vorteilhaftesten bei
Walter Neuser, Neumarkt 21
Gegen Partei- oder Gewerkschaftsausweis **5% Sonder-Rabatt!**

Auch der kleinste Grundbesitz ist die beste
Kapitalsanlage!
***Verkaufe** i. Gr.-Mochbern, der chem. Zuckerfabrik*
Parzellen von 500 qm ab.
Darunter auch einige ausbaufähige Gebäude für Wohnungen und Werkstätten, gebr. Steine und Baumaterial vorrätig und 5817
2 sehr schöne, mass. Beamtenhäuser mit je zwei 3 Z.-Wohnung.
Zahlung: ¼ Anzahlung, der Rest in 20 Monatsraten. Besichtigung jederzeit, auch Sonntags.
Meldung bei Meister Ullner, daselbst. Pläne liegen auch in meinem Büro aus.
Walther Klose, Breslau 1 *Feldstr. 24 Tel. 27123*

Bettfedern
Daunen • Inletts
bewährte, gute Qualitäten
Größte Auswahl / billigste Preise
Spezialgeschäft
Bettfedernhaus Liebich
Nur Neue Taschenstr. 1b
(Schrägüber vom Alkazar)
Bettfedern-Reinigung das Pfund 30 Pfennig

Die **„Frauenwelt"** den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt"
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend. Volkes. Preis **35 Pf.** Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Herzberg überflügelt alles!

Alle Tage billiger als anderweitig an Ausnahmetagen!

Vom Faß das ganze Liter		Per 1/1 Flasche mit Flasche	
Herzberg's Edenkobener	0.85	Godramsteiner weiß	0.75
Herzberg's Dürkheimer Rotw.	0.90	Dürkheimer Rotwein	0.75
Herzberg's 29er Rheinwein	1.10	Dessertwein	1.00
Herzberg's Südwein rot u. süß	1.00	Santa Margarita rot-süß	1.20
Herzberg's Dessertwein gelb	1.00	Wermutwein deutsch	0.95
Herzberg's Wermutwein dtsch.	0.95	Vino Vermouth	1.60, 1.35
Herzberg's Vino Vermouth	1.30	Tarragona	1.60, 1.10
Herzberg's Rotwein spanisch	1.10	Malaga süß	1.60, 1.35
Herzberg's Rotwein spanisch (Burgunder-Typ)	1.50	Insel Samos	1.60, 1.35
Herzberg's Tarragona süß	1.20	Sherry	1.60, 1.35
Herzberg's Malaga süß	1.30	Süß. ungar. Dessertwein	2.00, 1.50
Herzberg's Insel Samos	1.40	Portwein	3.00, 2.00
Herzberg's Süß. ung. Dessertwein	1.50	Tokayer Szamorodn. 24er	3.00
Herzberg's Sherry mildgezehrt	1.60	Fruchtschaumwein m. Steuer	1.35

Mosel-, Rhein- und Pfalzweine mit Flasche

Herzberg's Edenkobener	0.75	1929 er Niersteiner	1.50
Herzberg's Ellenzer Mark 30er	1.00	1929 er Bodenheimer	1.50
Herzberg's 29er Edesheim. Straße	1.00	1929 er Zeltinger Riesling	1.50
Herzberg's Mesenicher Fuchsloch	1.20	1929 er Brauneberger Lay	1.50
Herzberg's 29 er Liebfraumilch	1.20	1929 er Bernkasteler	1.50
Herzberg's 29er Rüdesheimer Rosengart.	1.50	1929 er Zeller Schwarze Katz	1.75

Rot-, Weiße u. rote Bordeaux-Weine mit Flasche

Herzberg's Ungsteiner Rotwein	0.75	Haute Sauternes 24 er weiß	2.50
Herzberg's Valencia-Rotwein	1.00	Chateau Lafitte 27 er rot	2.00
Herzberg's St. Emilion 25er Bordeaux	1.35	Chateau Christoly 27 er rot	2.00
Herzberg's St. Ambroise 28er Bordeaux	1.60	Domaine de Bellevue weiß	2.00
Herzberg's St. Justin 28 er Bordeaux	1.60	Chateau Cap Leon 24 er	2.50
Herzberg's Graves 28 er weiß	1.75	Chateau La Fleur 25 er	3.00

Herzberg's Pepsin-Wein
(vom Faß) als Spezialität ..... per Liter **1.60**

Sekte! Sekte! Sekte! Sekte! **einschließlich** Steuer **Rmk. 3.75**

Obst-, Kräuter- und Gewürzweine

Herzberg's Apfelwein, süß p. Ltr.	0.60	Kräuter- u. Gewürzweine p. Ltr.	1.10
Herzberg's Heidelbeerwein p. Ltr.	0.75	Apfelsaft zur Kur .. p. Fl. (alkoholfrei)	0.90
Herzberg's Johannisbeerw. p. Ltr.	0.75		

Hausmarken von **Kupferberg, Henkell, Math. Müller, Söhnlein, Schönberger**

Korbflaschen zu 5, 10, 15, 20 und 25 Liter geben wir leihweise.
Beste Bezugsquelle für Verlobungen, Hochzeiten und Vereinsfestlichkeiten. 4084

Herzberg & Co.
Weingroßhandlung
Höfchenstraße 48
Blücherplatz 17/18
Leuthenstraße 10
Michaelisstraße 3
Klosterstraße 64
Selenkestraße 17
Frankfurter Str. 103

Wir drucken Alles!

Durch unser modernes und reichhaltiges Schriftenmaterial können wir selbst verwöhnten Ansprüchen gerecht werden. Ein Versuch wird Sie bestimmt davon überzeugen. Überweisen Sie uns Ihre Aufträge

Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau 2, Flurstraße 4-8 ● Fernsprecher: 21737 und 21739

Schenke zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit **billige und gute Bücher**
VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr 5 / / Flurstr 4

Anpassen

an den heutigen Minderverdienst der Masse. Das ist unsere Losung. Unser
4-Preis-System
hat in der kurzen Zeit seiner Existenz die Feuerprobe bestanden. Es geht nicht auf Kosten der Qualität. Wir verarbeiten nur erprobte dauerhafte Stoffe und beste Zutaten. Bitte überzeugen Sie sich.

Ulster in blaugrau, gute Qual., auch in d. neuen fesch. Taillenform. RM **19.-**

Paletot schwarz u. marengo, m. Samtkragen, z. T. auf Kunstseide. RM **19.-**

Anzug mod. dunkle Streif., in Kammgarn, neuest. Verarbeitung. RM **19.-**

Weitere Preislagen 29.-, 39.-, 49.- RM

4 PREIS ECKE
Schmiedebrücke 58 Ecke Nadlergasse

Zahlungserleichterung durch die **Kunden-Kredit** G. m. b. H. (Capitol)

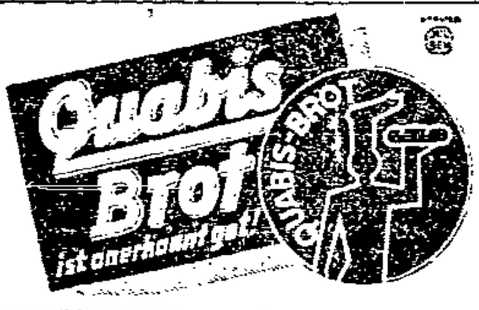
10998

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute Donnerstag **Ball halb und halb**

Café Vaterland
Freitag 30. Oktober
Abschieds- u. Ehrenabend
des Sängers und Geigers
Willy Apitz mit seiner Künstlerschar
Täglich nachm. u. abends
die Münchener Rundfunkkapelle
Georg Frank
Die Sensation und Attraktion für Breslau
Ab 1. Novemb.

Café zur goldenen Krone
WINZERFEST
Nachmittags und abends spielt zum Tanz
! Schwarz-Weiß-Orchester Jörg Zinne !
II. Etage **12 Billards,** zeitgemäß niedrige Preise! 10721

WAPPENHOF
Achtung! 38914 Besucher
in den ersten 20 Spieltagen im Oktober 1931
waren begeistert von den
vielseitigen internationalen Darbietungen
der
Wappenhof-Programme
Heute und morgen ab 4 Uhr
Große Nachmittagsvorstellungen
nur noch bis einschl. 31. Oktober
Leopold Büron · Walter Bernhardi · Original Leopoldi · Ernst Walter · Ernesty-Trio · Casaneili · Tante Lene · Emmy Hansen · Ellen Eugin u. Lilly · Bariaa · Low and Ricz · Wappenholwoche.
Ab 8 Uhr: Abendvorstellungen
Zwei Kapellen **BALL** Zwei Kapellen
Eintritt: Nachmittags 30 Pf., abends 50 Pf. 4086



16325

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache streng reell u. preiswert in der Böhmischen Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden! 1949

Tischtücher Aufleger etc. G. Friedländer.

Arbeitsp
Satz und Reil anfertigung fach von **4.50** bis
Burgstraße 7.

Bitte
bei allen Eink
stets die Inser
unserer Zeitun
berücksicht

Verkäufe
Festplüsch, Orgelium, Seel, Krimmer 25 cm, Meter 75, 65, 45 G. Friedländer.

Hobelbä
gebraucht, verkauft Klosterstraße 80

Teppiche, Gardin Brücken, Vorlagen Steppdecken, Tisch decken zu derartigen Preisen. Gelegen Inseratvorzeigerkar **Friedländer,** Gegründet 1876.

Kleine Ange
sind sowohl als Anzeigen als Kaufgesuchen u. a. Privaten. Wer 3 — für 4 Pfen

Puppenwagen teilig, P.-Bettm. **Kugelbettstelle** Hoffmann, Schweid

Kl. Dauerbrand Kramer, Brigitten

Ein Irr
ist es, wenn Sie **die kleine A** habe nur in d. oder sogenannten Anzeiger-Presse **257 offe** gingen im Ant eine kleine An **in der Volks** ein. Deshalb inser Sie in der Volksw **Ihr Vor**

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Gräbschelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in

Breslauer Nachrichten

Neue Rundfunkpöbeleien der „Schlesischen"

Wir sind es ja nun schon zur Genüge gewöhnt, welch geistloses und hohles Geschwätz aus den Redaktionsstuben des Hugenberg-Blattes seinen Weg in die Oeffentlichkeit findet, und es lohnt sich schon nicht mehr, zu dem am laufenden Band produzierten Unsinn im einzelnen Stellung zu nehmen. Allmählich bleibt es aber nicht nur beim Unsinn, sondern mit kolossaler Fixigkeit ist es den Redaktionsknechten des hochgemuten Arvid Zeit gelungen, sich die anrüchigen Methoden der Breslauer Skandalblätter anzueignen, die sie mit einer Virtuosität haben, daß ihren Kollegen vom Wochenblätterwald wegen dieser bedrohlichen Konkurrenz angst und bange werden dürfte.

Der besondere „Liebling" der Herrschaften aus der Hugenberg-Redaktion ist von jeher der Schlesische Rundfunk gewesen. Nachdem ihre geistige Impotenz so weit fortgeschritten war, daß sie nicht mehr ernsthafte Rundfunkkritik zu üben vermochten, verlegten sie sich in kurzen Abständen auf um so bequemere Pöbeleien und Flegelhaftigkeiten, die allerdings recht bald von keinem Menschen mehr ernst genommen wurden. Nun hieß es, schwere Geschütze auffahren. **Mit kaum noch zu überbietender Niederträchtigkeit versucht man jetzt, da man sieht, daß man nichts mehr ausrichten kann, durch absichtlich irreführende Ueberschriften und Bemerkungen den Schlesischen Rundfunk in der übelsten Weise zu diffamieren und dadurch auf das schwerste geschäftlich zu schädigen.** Also man höre und staune: „Schließung des Rundfunks erbeten", so lautet die Ueberschrift über einer Notiz der gestrigen „Schlesischen Zeitung". Doch wer hier „erbittet", das sind weder ein paar „bigotte Tuisen", noch ein paar verblödete Troddel aus deren Umgebung, wie man auf den ersten Blick glauben könnte, sondern einige ostländische (!) Rundfunkhörer, die mit dem Sendeprogramm des Rewaler (!) Rundfunksenders nicht zufrieden sind und in der „Revalschen Zeitung" einen geharnischten Protest loslassen. Diesen Protest, in dem „die Regierung um Schließung des Rundfunks ersucht wird" druckt die „Schlesische Zeitung" in einer Form ab, die eine schwere Geschäftsschädigung für den Schlesischen Rundfunk bedeutet.

Doch diese üble Flegelei steht nicht allein da. Sie hat ihren Vorläufer in einem Angriff gegen den Zeitblicker Erich Landsberg in der Sonntagnummer der „Schlesischen." Hier werden in einer Weise die Dinge auf den Kopf gestellt und die wohlmeinende Absicht des Referenten, die furchtbaren Nachwirkungen des grausamen Massenmordens aufzuzeigen, so verfälscht, daß auch hier nur zu deutlich die Absicht erkennbar war, durch diese Stänkereien auf die verantwortlichen Instanzen einen Druck auszuüben. Oder ist es etwa eine Sünde, wenn ein „Zeitblick" „ganz offenkundig eine pazifistische Tendenz aufweist", wie die „Schlesische" selber schreibt? Wenn es natürlich nach ihr ginge, dann sollte der Rundfunk lediglich dazu da sein, Militärmärsche und militaristische Brandreden in den Aether zu funken, wie es ja erst kürzlich anläßlich der Feier des Kyffhäuserbundes in einer Uebertragung aus Berlin geschah.

Wir aber hoffen, daß nach den letzten Vorgängen die andauernden frechen Pöbeleien des Hugenbergblattes gegen den Rundfunk genau so ignoriert werden, wie man es an maßgebenden Stellen schon längst mit der Breslauer Skandalpresse tut.

Bedrohung der Pädagogischen Akademie

In der heutigen Zeit werden oft genug Stimmen laut, die den völligen Abbau der Pädagogischen Akademien fordern. Jedoch beginnen bereits weite Kreise einzusehen, welche unheilvollen Folgen hieraus für die Gesamtheit entstehen können, so daß jetzt höchstens eine Einschränkung für tragbar angesehen wird. Selbstverständlich werden und müssen auch die Pädagogischen Akademien der allgemeinen Notlage und den hieraus sich ergebenden Sparmaßnahmen Rechnung tragen. Sollte aber der Fall eintreten, daß einige Pädagogische Akademien geschlossen werden und die Breslauer Akademie würde hiervon betroffen, so hieße das eine Organisation vernichten, die für den ganzen Osten, für Schlesien und insbesondere für Breslau selbst eine wichtige, geistige Lebensnotwendigkeit bedeutet.

Wir Breslauer sollten nicht vergessen, daß die Stadt heute bereits erhebliche Summen durch Hergabe eines wertvollen Bauplatzes, durch Zuschüsse zu den Baukosten usw. investiert hat. Das im Rohbau bereits fertiggestellte Gebäude ist wegen seiner besonderen, inneren Einrichtung, die natürlich ganz auf ihre spezifische Bestimmung zugeschnitten ist, für andere Zwecke ohne weiteres nicht verwendbar. Beachten wir weiter, daß für die schlesischen Studenten die nächst erreichbare Akademie 300 Kilometer entfernt ist, so daß für den Lehr- und Forschungsbetrieb die ganze heimatkundliche Seite ausfallen müßte, so folgt hieraus eine schwere, wenn auch indirekte Schädigung der schlesischen Bevölkerung. Dabei ist noch gar nicht ausgemacht, ob auch nur eine der Schlesien zunächst liegenden Akademien erhalten bleiben wird. Gerade im Südosten des Reiches, an der Landesgrenze, verdiente die Bindung der Lehrerschaft an den heimatlichen Boden und seine Kultur eine ernste Sorge des ganzen Staates zu sein, zumal die Beuthener Akademie bekanntlich infolge Staatsvertrages dem Interesse der polnisch sprechenden Bevölkerung Rechnung tragen muß.

Die neuesten Kundgebungen der Lehrerpresse beweisen, daß die gesamte Lehrerschaft einmütig hinter den Akademien steht. Durch die schlesische, bodenständige und heimatverbundene Lehrerschaft geht schon jetzt ein Sturm der Entrüstung bei dem Gedanken, daß gerade die Breslauer Akademie bedroht sein könnte. Auch sollte man nicht ganz aus dem Auge verlieren, daß Breslau bei seiner äußerst angespannten Wirtschaftslage durch eine evtl. Stillegung der Akademie schon wieder eine neue Schädigung erfahren würde. Wirtschaftliche, nationale und kulturell-geistige Interessen, die ganz besonders für uns im Osten lebenswichtig sind, würden durch eine Schließung der Akademie in Breslau und Schlesien eine ganz unerträgliche Schädigung erfahren. Breslau würde wieder einmal in den Hintergrund gestellt werden.

Ein Betrieb mit steigender Konjunktur:

Zentral-Arbeiterbibliothek – Gewerkschaftshaus

Ständig fortschreitender Aufschwung der Arbeiterbibliothek — Das starke Lesebedürfnis der Erwerbslosen — Was wird gelesen? 100000 Ausleihungen im Jahr bei nur 11430 Bänden – Wer hilft die Bibliothek erweitern?

Zentral-Arbeiterbibliothek — Gewerkschaftshaus! Diese Parole ist ein Programm und in der gegenwärtigen Zeit das Ziel tausender Breslauer Proletarier.

Ein Betrieb der Arbeiterbewegung, der im Gegensatz zum gesamten Wirtschaftsleben eine sich von Tag zu Tag steigernde Konjunktur erlebt. Ueberall Absatz- und Umsatzrückgang und in der Arbeiterbibliothek ein nie erreichter Aufschwung.

Tag um Tag herrscht in den jetzt eben schon etwas klein gewordenen Räumen ein unaufhörliches Kommen und Gehen und trotz der raschen Abfertigung der Besucher ist das Schlangestehen manchmal doch nicht ganz zu vermeiden. Es ist lehrreich, in dieser mustergültig aufgebauten geistigen Rüstkammer einmal etwas Umschau zu halten. Schon beim Betreten empfängt einem ein angenehmer Eindruck. In den vielen Regalen stehen die in blaue Schutzhüllen eingeschlagenen Bücher zu Tausenden. Aeußerlich sieht es aus, als wäre diese geistige Kost uniformiert. Aber das ist alles nur Schein, die Regale sind Fundgruben für alle möglichen Gebiete und die Ordnung ist so einzigartig, daß die Wünsche der Leser nur so aus den Regalen herausgegriffen werden brauchen.

Die Ursachen dieses Aufschwungs der Arbeiterbibliothek liegen auf der Hand. Die unfreiwillige Freizeit, zu der heute Zehntausende verdammt sind, wird genutzt. Die Arbeitslosen, die von verschiedenen Kreisen verleumdet und als Faulenzer und Nichtstuer beschimpft werden, greifen zum Buch, lesen, lernen und suchen auf diese Art die Ausschaltung aus dem Werktagsbetriebe zu nutzen und ihr Gesichtsfeld zu erweitern.

Was wird gelesen? Selbstverständlich marschiert die Unterhaltungsliteratur an der Spitze, aber selbst auf diesem Gebiete sind die Wünsche des einzelnen Lesers richtungweisend. Die Linie, die in Liebes-Romanen von der Natalie von Eschstruth und verschiedenen ihrer Kolleginnen und Kollegen gezeichnet wird, gibt es in der Arbeiterbibliothek nicht, in der auch das Fachgebiet der Astrologie schlecht abschneidet. Die Leserschaft hat nach solchem Seelen-Schmalz und Gesellschaftskitsch kein besonderes Verlangen. Der soziale Roman dagegen steht hoch im Kurse. Da sind zum Beispiel 300 Bände Upton Sinclair im Umlauf und nur selten kommt einmal einer ins Regal. Aehnlich ist es mit anderen Schriftstellern, wie Maxim Gorki, Jack London und vielen anderen.

Der Aufschwung der Arbeiterbibliothek hat es aber auch mit sich gebracht, daß die Unterhaltungsliteratur fast nur noch die Hälfte des gesamten Buchumlaufes ausmacht. Das heißt, daß andere Gebiete viel umfangreicher in Anspruch genommen werden. Es ist keine besondere Erscheinung, daß in einer Arbeiterbibliothek das Gebiet der Politik schon an zweiter Stelle marschiert. Die Werke der verschiedenen Theoretiker des Sozialismus sind auch zahlreich genug vertreten, um den Anforderungen der Leserschaft gerecht zu werden. Daß sich die Bibliothek auf dem Laufenden zu halten bemüht und Neuerscheinungen in ihre Bestände einreiht, soweit es in ihren Kräften steht, ist dankenswert und selbstverständlich. Ein Beispiel: Pietro Nenni's „Todeskampf der Freiheit" kursiert in 40 Exemplaren, von denen nie eines ins Regal kommt.

Und so könnte ein Wissensgebiet nach dem anderen aufgezählt und besprochen werden. Ob es Reisebeschreibungen, ob es Aufzeichnungen von Forschungsexpeditionen, ob es Bücher der Technik sind, ob es sich um Kulturliteratur oder Abhandlungen der verschiedensten Wissensgebiete handelt, für alle Gebiete gibt es Interessenten und auch Bücher.

Dabei ist es aber nicht etwa so, daß der Bibliothekar und seine Mitarbeiterin der Leserschaft in die Hand geben können, was sie wollen. Mehr als 50 Prozent der Leser präsentieren bei jedem Besuch einen Wunschzettel, auf dem sie die von ihnen gewünschten Werke aufgeschrieben haben. Jeder Wunsch wird zu erfüllen gesucht. Ist ein Buch unterwegs, dann genügt die Bezahlung eines Postkartenportos und der Leser wird sofort benachrichtigt, wenn es zurückkommt.

Um den Aufschwung des Bibliotheksbetriebes im Gewerkschaftshause zu kennzeichnen, genügt es, einige Zahlen anzuführen. Im Jahre 1928 wurden 14 225 Bücher ausgeliehen, im Jahre 1930 82 423 und in den ersten acht Monaten des Jahres 1931 63 608. Das laufende Jahr wird also an die Hunderttausend herankommen, wie sich auch der an 4000 Leser zählende Interessentenkreis weiter steigert. Die Bibliothek umfaßt heute 11 430 Bände und wird laufend erweitert. Gewerkschaften, Partei und andere Organisationen spenden hin und wieder einige Bücher und auch antiquarische Angebote von privater Seite geben der Bibliotheksleitung oftmals Gelegenheit, den Bücherstand zu erweitern.

Obwohl uns Genosse Litwa erzählt, daß die Bibliotheksräume nicht ausreichten, wenn einmal ein „Leserstreik" eintreten und die gesamten Bestände zurückkommen würden, ist er doch auf der anderen Seite nur darauf bedacht, immer weiter „aufzurüsten." Gegen eine solche Aufrüstung wird auch kaum ein Mensch etwas einzuwenden haben. Höchstens die politischen Gegner der Arbeiterschaft dürften sich darüber ärgern, daß die proletarische Bücherei ihren Lesern nicht altertümliche Gartenlubenbände in die Hand drückt, sondern ihnen das Schrifttum aller Wissensgebiete bis zu den aktuellsten Neuerscheinungen zugänglich macht.

Also auch der Bibliotheksbetrieb symbolisiert den Begriff: heute kaum noch in der Lage, besondere Aufwendungen für Bücher zu machen. Selbst die einzelne Organisation könnte nur eine nicht sehr bedeutungsvolle Bibliothek unterhalten; aber die Gemeinschaft aller proletarischen Organisationen vermag das zu schaffen, was alle Mitglieder dieser Organisationen unter der Breslauer Zentral-Arbeiter-Bibliothek kennen und zu schätzen wissen.

Die Leser vermögen am besten zu beurteilen, was ihnen die Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung allein durch die Bibliothek bietet, die kostenlos in Anspruch genommen werden kann (lediglich eine kleine Einschreibegebühr ist zu entrichten). Mancher hat darum auch der Bibliothek ein Buch geschenkt, das er für einen weiteren Ausbau opferbereit zur Verfügung stellte. Eine solche Anregung ist auch in der heutigen Zeit vielleicht besonders angebracht, wo die Bücherei der Breslauer Arbeiterschaft durch die Arbeitslosigkeit eine bisher nie erreichte Inanspruchnahme erlebt und mit beschränkten Mitteln gewaltig gesteigerte Leistungen vollbringen muß.

Wem die Zahlen nicht genügen, der mag sich vorstellen, daß allein im letzten Jahre drei Zentner blaues Einschlagpapier verbraucht wurden, um die Schutzhüllen der Bücher von Zeit zu Zeit erneuern zu können. Man kann aus einer so einfachen Feststellung die Bedeutung unserer Arbeiterbibliothek am einfachsten bildhaft machen. Vor allem kennzeichnet sich aus dem Aufschwung aber auch das Bedürfnis der klassenbewußten Proleten nach geistigem Rüstzeug und so erweist sich auch eine proletarische Bücherei als ein nicht zu unterschätzendes Glied im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse.

Arbeiter hatten sich versammelt

Autoparade bei der Naziversammlung

Kurz vor Mitternacht. Die Tiergartenstraße belebt sich. Eine Schlange blendender Autoscheinwerfer strebt nach dem Stadtinnern. Elegante Wagen, Sechssitzer, Viersitzer und hin und wieder auch einmal ein kleineres Vehikel. Zwischendurch auch einzelne Mietautos. Man fängt an zu zählen. Hundert, zweihundert. Es wird einem überdrüssig, denn immer neue Wagen brausen heran. Deutsche Wagen, Limousinen ausländischen Fabrikats in friedlicher Eintracht hintereinander.

Vollbesetzte Straßenbahnwagen streben neben der Autoschlange der Stadt zu. Gutgekleidete Bürger, kaufmännische Angestellte, Studenten, Verkäuferinnen haben es eilig, nach Hause zu kommen. Inzwischen beleben sich auch die Bürgersteige. Hunderte strömen in die Stadt. Auch gute Bürger. Handwerksmeister, Hausbesitzer, Beamte. Man kennt die Typen. Zwischendurch auch Proleten. Zum Teil im Sonntagsanzug, teilweise im proletarischen Alltagskleid. Daneben einige mit Zweckenschuhen, deren Tritt laut auf dem Pflaster knallt. Das hört sich stark an und man kann es jedem einzelnen dieser Bezweckten ansehen, daß ihn das Knallen seiner Stiefel stärkend berauscht. Die Passanten, die ihm entgegenkommen, die Passanten, die ihn hinter sich kommen hören, machen ehrerbietigst Platz und schauen bewundernd auf die knallenden Schuhe.

Woher kommen die Menschen eigentlich zu so nächtlicher Stunde? Was hat diese Volksgemeinschaft einiger Proleten, einer großen Masse wackerer Spießbürger und Hunderten von Autobesitzern zusammengeführt?

Sie kommen aus dem Messehof, in dem eine Versammlung der National„sozialistischen" Deutschen Arbeiterpartei stattfand und „Staatsminister a. D." Frick neben dem schlesischen Oberpriester Brückner geredet hatten. Man staunt, was sich da so als „Sozialist" fühlt. Wie mag der Begriff „Sozialismus" in den Hirnen der Bourgeois spuken, die in der Versammlung zahlenmäßig etwa so stark vertreten waren, wie die Proleten, neben dem großen Schwarm des Kleinbürgertums und des Stehkragenproletariats?

Kohlenkeller und Fleischerladen

Was sagt das Gesundheitsamt dazu?

Von einigen Lesern unserer Zeitung wird uns folgende Mitteilung gemacht:

Friedrich-Karl-Straße 5 befindet sich eine Fleischerei und darunter ein Keller, welcher 1½ Jahre leer steht. Die letzte Bestimmung des Kellers war ein Kohlengeschäft, welches aber auf dringendes Bitten der Verwalterin und des Gesundheitsamtes vor Ablauf des Kontraktes geräumt werden mußte. Da bekanntlich Kohle Staub entwickelt, waren die Fleisch- und Wurstwaren gesundheitlich stark gefährdet und das Kohlengeschäft mußte hinaus. Dieser Lage sahen wir mit Erstaunen, daß derselbe Keller wieder von einem Kohlengeschäft gemietet ist. Was sagt nun die Fleischerei dazu? Und was wird das Gesundheitsamt dazu sagen? Die Kohle staubt doch heute genau noch so wie damals. Wie kommt die Verwalterin dazu, den Keller wieder an einen Kohlenhändler zu vermieten? Wir nehmen ja natürlich an, daß das Gesundheitsamt davon noch nichts weiß? Hoffen aber mit Bestimmtheit, daß es sich dafür interessiert. Denn im Winter nutzt auch ein Sprengen mit Wasser nichts, da ja bekanntlich Wasser mit Kohle gleich gefriert. Wir hoffen, daß hier gleich nach dem rechten gesehen wird.

* * *

Soweit die Darstellung. Wir kennen nicht die genaue Situation dieses Falles, nehmen aber an, daß sich immerhin das Gesundheitsamt einmal näher für diesen Fall interessieren müßte, zumal bereits früher schon hier ein Eingriff erfolgt sein sollte. Abgesehen davon, daß heute wieder genügend Räume für Gewerbetreibende vorhanden sind, müßte man sich schon aus grundsätzlichen Bedingungen für solche Fälle interessieren. Wenn der Fleischer mit Recht innerhalb seines Ladens für alle Sauberkeit zu sorgen hat, dann dürfen nicht durch einen solchen Fall die von ihm geforderten hygienischen Maßnahmen durchkreuzt werden.

Die Mundhygiene: Odol-Zahnpasta Odol-Mundwasser Odol-Zahnbürste

Abbau der Rechtspflege

Bedenkliches, Allzubedenkliches aus Brünings neuestem Gesetzesband

Die letzte Notverordnung der verflossenen und wiedererstandenen Regierung Brüning bringt unter vielem anderen auch einschneidende Bestimmungen über den Justizbetrieb, die angeblich im Fluchtlinienplan der allgemeinen Sparmaßnahmen liegen sollen, aber bei näherer Prüfung doch zu lebhaftesten Bedenken Anlaß geben.

Diese Bedenken sind umso stärker, als dies ja leider nicht den ersten Umbau unseres Prozeßverfahrens auf außerparlamentarischem Wege darstellt. Bereits Herr Emminger bescherte uns im Jahre 1924, (auch als Sparmaßnahme und unter weitgehendster Andeutung des Ermächtigungsgesetzes), eine Prozeßreform, die keineswegs eine für Justiz und Publikum wünschenswerte Entwicklung der Rechtspflege in Deutschland eingeleitet hat. Das Einzelrichtertum, die Abschaffung der Geschworenengerichte — der Name ist zwar geblieben, nicht jedoch die ausschlaggebende Bedeutung des im freien Ermessen stehenden Geschworenenspruches —, sind Etappen, in denen der „Betrieb" vielleicht etwas beschleunigt, auf der anderen Seite aber wichtige Rechtsvorteile für den Angeklagten abgebaut und die starre Bindung an den Paragraphen sichergestellt wurden. Jetzt soll also weiter gespart werden, vor allem die sogenannten Bagatellsachen sollen möglichst ganz verschwinden. Der Richter bekommt durch die Notverordnung die Ermächtigung, sie von Fall zu Fall ohne Zustimmung des Anklägers und des Angeklagten einzustellen. Das sieht im ersten Moment beinahe bestechend aus, zumal wenn man sich mal so an einem Vormittag die Flut von Beleidigungsprozessen ansieht, die bei Gericht anstehen und einen unendlichen Aufwand von Zeit, Mühe und Kosten beanspruchen. Mit der Niederschlagung ist aber andererseits der „Fall" als solcher eben doch nicht erledigt, und es besteht zweifelsohne die Gefahr, daß der Ausfall staatlicher Erledigung zwar nicht gerade zur Blutrache, aber doch allgemein zu recht unerfreulichen Erscheinungen führen kann.

Bei kleineren Strafprozessen bestehen diese Bedenken allerdings nicht, denn hier wird wohl kaum ein überhandnehmender Gebrauch von dieser Möglichkeit gemacht werden; zumal ja schon bisher eine Einstellung wegen Geringfügigkeit möglich war. Ueberaus angreifbar ist dagegen die Justizreform hinsichtlich der Beschränkung von Berufungsmöglichkeiten. Bei sogenannten Monstreprozessen, d. h. Verhandlungen, die über sechs Tage dauern, soll künftighin in erster Instanz schon die Strafkammer entscheiden und dann nur noch die Revision beim Reichsgericht, die bekanntlich nur auf Grund prozessualer Mängel möglich ist, zugelassen sein. Hier hat die Notverordnung zweifelsohne den Weg faschistischer Gerichtsbarkeitsprinzipien beschritten. Welcher Prozeß größeren Umfanges ist gegebenenfalls nicht als Monstreprozeß aufzuziehen? Warum soll der Angeklagte langandauernden Verfahren rechtlich ganz wesentlich schlechter gestellt werden als der Angeklagte, der das Glück hat, wegen eines vielleicht keineswegs sympathischeren Delikts aber in einem einfacher liegenden Fall weniger als sechs Tage vor Gericht zu stehen? Ein klassisches Beispiel bietet für uns in Breslau in dieser Hinsicht der kürzlich verhandelte Kommunistenprozeß im Vergleich zu dem Verfahren wegen der Schweineschlachtfeier in Jäschkowitz. Während der erstere, obwohl auch fach- und sachkundige Juristen in den Gängen des Landgerichts durchweg der Meinung waren, daß er in höchstens drei Tagen zu Ende geführt werden konnte, über sechs Tage dauerte, also nach der neuen Sachlage eine Berufung ausschließt, könnten die Nazibanditen, deren Prozeß in erster Instanz nur einen Tag dauerte, selbstverständlich nach wie vor Berufung einlegen. Abgesehen jedoch auch von solchen politischen Auswirkungsmöglichkeiten ist diese Art der Rechtsungleichheit an sich unerträglich. Das gilt nicht minder von der weiteren Bestimmung der Notverordnung, nach der die Revisionen beim Oberlandesgericht künftighin geheim, d. h. aktenmäßig und bürokratisch verworfen werden können, wenn sie „offensichtlich" unbegründet sind. Diese Vorbedingung schafft zudem praktisch eine unkontrollierte und unkontrollierbare Zwischeninstanz, da vorerst geprüft wird, ob die Revision „offensichtlich unbegründet" sei. rw.

Die Maßnahmen bei der Breslauer Ortskrankenkasse

Bürgerlichen Pressemeldungen entnehmen wir:

Durch ungenaue Nachrichten über die zur Sanierung der finanziellen Verhältnisse der Ortskrankenkasse zu Breslau notwendig gewordenen Maßnahmen sind über die Zuständigkeit in Einzelfragen weit verbreitete Irrtümer entstanden. Beim Regierungspräsidenten wie beim Oberversicherungsamt laufen demzufolge Anzeigen, Bewerbungen und andere die Allgemeine Ortskrankenkasse betreffende Schriftstücke in großer Zahl ein, deren Weitergabe an die zuständige Behörde mit unnützen Verzögerungen für die Beteiligten verbunden ist. Es wird daher folgendes festgestellt:

Die Geschäfte des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse werden von dem Beauftragten des Versicherungsamtes der Stadt Breslau wahrgenommen. Alle an den Vorstand der Ortskrankenkasse gerichteten Schreiben werden daher, so lange das Auftragsverhältnis besteht ohne weiteres und nur von diesem bearbeitet; die Anschrift bleibt jedoch weiterhin: „An den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau" zu richten. Der bisherige aus 24 Gewählten bestehende Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder kommen als Empfänger von an die Ortskrankenkasse gerichteten Schreiben so lange nicht mehr in Betracht. Aufsichtsbehörde über die Kasse ist allein das Versicherungsamt der Stadt Breslau. Regierungspräsident und Oberversicherungsamt haben nur in den im Rechtsmittelzuge ihnen zugewiesenen, besonderen, von den Vorinstanzen entschiedenen Fällen zu entscheiden.

Vier Samariterkurse

beginnen heute, 20 Uhr, für Nikolaitor in der Posener Schule, für Gräbschen in der Schule Sadowa-, Ecke Höfchenstraße, für Zimpel in der Friedrich-Ebert-Schule und für Breslau-Neukirch im Lokal von Laugwitz-Neukirch.

Theater und Musik

Stadttheater

„Die lustige Witwe"

Sechsundzwanzig Jahre sind seit der Uraufführung von Lehars „Lustige Witwe" vergangen und innerhalb dieses Zeitabschnittes ist die anständig gemachte Operette nicht nur berühmt geworden, sondern hat sich vor allem auch ihre große Anziehungskraft bewahrt. Mit ihrer Wiederaufnahme in unserem Spielplan kam eine Musik zutage, der keiner das Vierteljahrhundert anmerkt, und die in manchem eine erstaunliche Vorahnung des späteren Lehar enthält. Man muß sich in unserer walzerfremden Zeit doch für diese „reaktionäre" Walzerseligkeit entscheiden, weil alles Melodische reich erfunden und von einer feinsinnigen Hand verarbeitet worden ist. Ach wie viele liebliche Melodien von geschmeidiger Eindringlichkeit gibt es da, und auch der Rest hat noch Form und immer den Stil der Gattung Operette. Außerdem sind ein paar Meisterstücke darunter, von denen man immer sprechen kann, ohne Anstoß zu erregen. Aber der Text gehört zu der Erbmasse zünftiger Operettenlibretto, auf die es besser ist, sein Ohr nicht einzustellen. Wir hätten nichts dagegen gehabt, wenn Hubert Franz als Regisseur den alten konventionellen Dialog etwas mehr lackiert und das Ganze etwa in das Revuehafte des letzten Aktes übertragen hätte. Die unverwüstliche „Witwe" hätte es ertragen und vom Publikum aus niemand übel genommen. Abgesehen hiervon, empfehlen wir dem Regisseur, umgehend von neuen Inszenierungsideen Gebrauch zu machen. Er flüchtet sich schon zu bekannten Einfällen und wird ihn wissen, daß Wiederholungen für die Stimmungsförderung hemmend wirken. Ueber dem ganzen ersten Akt lag eine Flaute, die im zweiten erst das von den Herren Rudow, Dewald, Pilauzl, Härtner, Henicleit, Barm und Klata mit durchschlagendem Erfolg gesungene Couplet „Ja, das Studium der Weiber ist schwer" wegfegte. Den Erfolg des Schlußaktes entschied der von Anna Kappama, Kurt Kern und A. v. Millos ausgeführte Cake-walk und nicht zuletzt das Bühnenbild J. Hablos. Einzelleistungen entschieden überhaupt die Aufnahme. Insbesondere ist man geneigt um Dewalds willen, der Aufführung ein gutes Wort nicht zu versagen. Dewald, ein vertrotteter Gesandter, ursümlich geraten, ist ein so hervorragender Schauspieler, daß mit ihm eine Aufführung immer gerettet werden kann. Ebenso gut und echt wirkte Karl Rudow als Baron Mirko Zeta. Paul Schmidtmann war als Liebhaber wenig faszinierend und auch als Sänger nur in Grenzen ausreichend. Erwin Frim hat sein eigentliches Wirkungsfeld gefunden. Er zeigt besondere Begabung für die komische Charakterzeichnung. Seinen letzten lobend erwähnten Typen fügt er mit dem Kanzlist Njegus eine neue ebenbürtig zur Seite. Die Hauptrollen der Damen sind mit Frl. Riedner und Anny Kunze besetzt. Beider Spiel ist sorgfältig angelegt, doch beeinträchtigt das Gesangliche den Gesamteindruck recht erheblich. Dem Dirigenten Herrn Wetzlar müssen wir wiederholt verargen, daß er das Orchester nicht genügend abdämpft und damit dem gesungenen Wort die Verständlichkeit nimmt. Zum Schluß aber ein Lob für die Tanzgruppe und ihre Meisterin Valeria Kratina.

Das Publikum unterhielt sich gegen Ende bestimmt ganz gut.

p—l.

Der große Revolutions-Tonfilm

läuft ab Dienstag, den 3. November, täglich 16½, 18½ und 20½ Uhr in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen. Sichern Sie sich rechtzeitig verbilligten Eintrittspreis durch Erwerbung der Mitgliedschaft im Besucherkreis. Nicht nur die zur Vorführung kommenden Hauptfilme, sondern auch das gute Beiprogramm (in dieser Woche der Naturfilm „Frühling im Loisachtal" sowie die Tonfilmgroteske „Kleine Ursachen — große Wirkungen") rechtfertigen den Besuch aller Vorstellungen

in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Quartiere gesucht!

An die gesamte Parteigenossenschaft!

Diesen Sonnabend und Sonntag veranstaltet der Bezirk Mittelschlesien der SAJ. einen Wochenendkursus in Breslau. Dazu fehlen uns noch einige Privatquartiere. Wir bitten die Genossen, die einen Burschen oder ein Mädel für eine Nacht ins Quartier nehmen können, dies unserem Büro, Zimmer 174, zu melden.

Er wollte sich töten

Ein aufregender Vorfall ereignete sich am Mittwoch während einer Verhandlung vor der VI. Großen Strafkammer. Auf der Anklagebank saß der Elektromonteur Alfred S. Das Schöffengericht hatte ihn wegen Zuhälterei verurteilt. Gegen das Urteil hatte er Berufung eingelegt, weil er behauptet, unschuldig zu sein. Die Strafkammer verurteilte ihn wiederum zu sechs Monaten Gefängnis und rechnete ihm einen Monat auf die Untersuchungshaft an. Während der Urteilsverkündung brachte sich S. plötzlich einen tiefen Schnitt mit einer Rasierklinge am linken Handgelenk bei, so daß das Blut in hohem Bogen spritzte. S. wurde sofort bewußtlos, da die Verletzung sehr schwer war und er große Mengen Blut verlor. Der Justizwachtmeister drückte sofort die Wunde zu und als Hilfe herbeikam, wurde mittels eines Riemens der Oberarm abgebunden, an der Schnittstelle ein Notverband angelegt und S. in das Gefängnislazarett mittels einer Tragbahre befördert. Der junge Mensch dürfte sich durch den tiefen Schnitt auch einige Sehnen durchschnitten haben.

Feuer in Klein-Mochbern

Gegen kurz vor 24 Uhr wurde die Feuerwehr nach Klein-Mochbern alarmiert. Auf dem Grundstück an der Klein-Mochberner Straße, das im Sommer als Hühnerfarm benutzt wird, war ein großer Holzschuppen mit Holzbearbeitungsmaschinen auf unermittelte Weise in Brand geraten. Bei Ankunft der Feuerwehr stand der Schuppen bereits in vollen Flammen, so daß nichts mehr zu retten war, nur ein an die Brandmauer angrenzender massiver Anbau, in dem Brutmaschinen aufgestellt waren, konnte erhalten werden. Die Wasserzuführung zur Brandstelle gestaltete sich insofern schwierig, als der nächste Hydrant über 250 Meter entfernt lag und die Schlauchleitung unter die Eisenbahnschienen gelegt werden mußte, um den Eisenbahnverkehr nicht zu stören. Das Feuer wurde mit zwei Schlauchleitungen gelöscht. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen 3 Uhr an.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Von besonderer Wichtigkeit ist heute die „Stunde der Arbeit". Um 18 Uhr unterhalten sich Amtsgerichtsrat Dr. Berger und Martin Knetsch vom ZdA über das stark interessierende Thema „Der Vergleich in der Arbeitsgerichtsbarkeit". Zur Weiterbildung gut geeignet erscheint der Vortrag von Professor Konrad Olbricht um 17.15 Uhr: „Droht eine Uebervölkerung der Erde?"

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167—170
Telefon Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 9—4 und 6—7 Uhr

Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen holen sofort Material im Parteisekretariat (Zimmer 170) persönlich ab.

Sozialistische Schülerschaft

Freitag 20 Uhr Arbeitsgemeinschaft über „Schule und Wirtschaft". Gäste mitbringen.

Sozialistische Arbeiterjugend

Für alle! Heute beteiligen wir uns an der Kundgebung der Partei. Es spricht Genosse Löbe.

Heim Paradiesstraße 17. Freitag: Eine Expedition nach dem Kongo. Studiendirektor Wikke.

Heim Klodnitzschule. Freitag Heimabend. 1. Die Frau und der Sozialismus. Toni Simmel. 2. Wahl der Heimfunktionäre.

Heim Gewerkschaftshaus. Freitag Heimabend.

Freidenkerjugend

Freitag 20 Uhr erscheinen alle Genossen, die den Sprechchor mitmachen, im Büro zur Probe.

Monistische Jugend

Unsere Heimabende beginnen ab heute immer pünktlich um 20 Uhr. Sonnabend abend und Sonntag vormittag findet ein Kursus der Jugend mit Genossen Kurt Kramer, Leipzig, über „Marxismus und Freidenkertum". Karten zu diesem Kursus sind heute im Heim erhältlich.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Abteilungen 1 und 2 (Ohlauer Tor und Scheitnig). Die Rot- und Grünfalken sind Freitag 17 Uhr zur gemeinsamen Sprechchorprobe im Gewerkschaftshaus (Galeriezimmer).

Abteilung 8 (Zimpel). Achtung, Falken! Am Dienstag in der Friedrich-Ebert-Schule wichtige Falkenvollversammlung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Vortruppführer. Morgen Freitag 18,30 Uhr wichtige Besprechung im Heim.

Vortrupp Ost. Heute Heimabend im Elisabethgymnasium.

Jungbanner Nord (Ebert). Heute Donnerstag fällt unser Heimabend wegen der Löbe-Versammlung aus.

Spielmannszug West. Heute Donnerstag fällt unser Ueben wegen der Versammlung aus.

Geschäftliches

Sammeln Sie Schirdewan-Annoncen? Wer die 1000-Mark-Schirdewan mitgewinnen will, sammle jetzt schon die wöchentlich in unserer Zeitung erscheinenden Schirdewan-Anzeigen. Dann kann er im Januar bequem die Lösung finden und hat Aussicht, mitzugewinnen.

Wer erhält was? Oft möchten wir vorher wissen, was uns als Geschenk zugedacht ist, aber der Schenkende hütet ängstlich sein Geheimnis. Anders das Kaffee-Geschäft, das seinen Kunden heute in einer Anzeige in unserer Zeitung großzügig sagt und zeigt, was sie von der Firma als Weihnachtsgeschenk erhalten. Da es ein sehr schönes und praktisches Geschenk ist, wird damit allen Kaffee von Kaisers eine frohe Ueberraschung und angenehme Vorfreude bereitet. Es ist zu wünschen, daß recht viele Hausfrauen sich das Anrecht auf dieses Weihnachtsgeschenk sichern, indem sie sich das Weihnachts-Sparbuch der Firma geben lassen. Beachten Sie die heutige Anzeige.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Von Süden und Nordwesten dringen gleichzeitig Störungen gegen Mitteleuropa vor. Vom Balkan versuchen feuchtmildere Luftmassen auf Mitteleuropa überzugreifen, während über die Nordsee erneut kalte Luftmassen aus hohen Breiten eindringen. Die Wetterlage bleibt daher sehr wechselhaft und unbeständig.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Auf Nord drehender Wind, wechselnd bewölktes Wetter, Schauerneigung, nach vorübergehender Milderung erneut Temperaturrückgang.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Auffrischender Nordwest, meist neblig-trübe, zeitweise Schneefall, Frost.

Sonnenaufgang: 6,49 Uhr — Sonnenuntergang: 16,38 Uhr.

Schwere Radfahrerunfälle

Gestern nachmittag gegen 14½ Uhr wurde der Kaufmann Alfred Kämpfer, pächter Karl Schild aus der Ostendstraße 1/3 von einer Zugmaschine überfahren und derartig schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Er fuhr mit seinem Rad über den Berliner Platz und geriet vor dem Freiburger Bahnhof in die Straßenbahnschiene. Dadurch stürzte er und wurde von der dicht hinter ihm kommenden Zugmaschine erfaßt, die der Führer nicht zum Stehen zu bringen war. Die Räder gingen ihm über den Oberkörper und den Kopf, so daß er entsetzlich verstümmelt liegen blieb. Ein vorbeikommender Lastkraftwagen schaffte den Verletzten sofort in das Allerheiligen-Hospital, wo er konnte hier nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden.

In den Vormittagsstunden wurde die Radfahrerin, Frau Minna Völkel aus der Otto-Hué-Straße 6, an der Ecke Kaiser- und Gellhornstraße von einem hinter ihr kommenden Auto umgerissen, als sie in die Gellhornstraße einbiegen wollte. Sie erlitt einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung und wurde in die Maxklinik geschafft. Die Radfahrerin hatte kurz vor ihrem Abbiegen das Abbiegezeichen gegeben, so daß der hinter ihr kommende Kraftwagenführer nicht mehr anhalten und auch durch scharfes Abbiegen den Unfall nicht mehr verhindern konnte.

8. November Première in der Jahrhunderthalle

Die Direktion für die diesjährige Radsportsaison in der Breslauer Jahrhunderthalle ist in Breslau eingetroffen und hat die vorbereitenden Arbeiten bereits in vollem Umfange aufgenommen. Tadewald und Koplowitz haben den Einbau der Bahn so vornehmen lassen, daß bereits Sonntag den 8. November mit einem großen internationalen Programm aufgewartet werden kann. Dadurch ist den vielen Breslauer Rennjahrern der Weg dahin geebnet, in den übrigen deutschen Winterveloromen in Konkurrenz gehen zu können.

Eine der heutigen Zeit unter allen Umständen angepaßte Preispolitik wird es jedermann ermöglichen, Zeuge der bisjährigen Ereignisse auf dem Holzoval in dem großen Kuppelbau in Scheitnig zu sein. Traditionsgemäß werden in ehrender Erinnerung an den unvergeßlichen früheren sportlichen Leiter der Breslauer Winterbahn, Werner Krüger, Programme geboten werden, die, wie bisher, alle übrigen Besetzungen von Mannschaftsrennen, selbst die in der Reichshauptstadt, überragen.

Ehrung der in Breslau wohnenden Teilnehmer an den Kriegen 1864, 66 und 70/71.

Wie in den Vorjahren wird auch in diesem Jahre im Dezember an Kriegsveteranen eine Ehrengabe von je 20 Mark ausgezahlt werden. Anspruch haben die Teilnehmer aus den Feldzügen 1864, 1866, 1870/71, die seit mindestens einem Jahr in Breslau gemeldet sind und nicht mehr als 125 Mark Einkommen monatlich haben.

Veteranen, die die Zahlung der Ehrengabe noch nicht beantragt haben, können sie bis zum 25. November 1931 im Hauptamt, Rathaus, Zimmer 28, unter Vorlegung der Militärpapiere von 9—12 Uhr beantragen. Diejenigen, die die Ehrengabe schon früher erhalten haben, brauchen einen neuen Antrag nicht zu stellen. Wohnungsveränderungen sind gleichfalls nicht anzugeben. Gesuche, die nach dem 25. November 1931 eingehen, können bei der Zahlung im Dezember nicht mehr berücksichtigt werden. Anträge, die erst nach dem 31. März 1932 gestellt werden, müssen für das Rechnungsjahr 1931 abgelehnt werden. Die Ehrengabe wird gebührenfrei durch die Post überwiesen.

Löbe

spricht heute 19.30 Uhr
im großen Saale
des Gewerkschaftshauses über:

Die letzten politischen Ereignisse

in einer öffentlichen Versammlung

Eintritt 40 Pf., Parteigenossen 20 Pf., Erwerbslose Parteigenossen frei!

Aus dem Gerichtssaal

RB. überfällt Reichsbanner

Am Vorabend des Volksentscheids verteilten Reichsbanner-meraden in Tschansch Flugblätter. Da wurden sie plötzlich n Kommunisten umzingelt. Als ein Pfiff ertönte, war dies Signal zum Angriff auf unsere Kameraden. Mit Totschläger, ogringe und Messer wurde gegen die Reichsbannerkameraden gegangen und einige sehr schwer verletzt. Als das Ueberfall-mando erschien, hatten die meisten schon das Weite gesucht und waren nur noch die Verwundeten abzutransportieren. Einige Schläger waren aber erkannt worden und es wurde gegen Personen **Anklage wegen schweren Landfriedensbruch** er-en: gegen den Führer des Antifaschistischen Kampfbundes, nriewicz, auch wegen Rädelsführerschaft. Vor dem ffengericht bestritten alle, daß sie sich zu dem Zwecke zu-mengefunden hätten, um gegen die Reichsbannerleute Gewalt-igkeiten zu begehen. Die Schlägerei hätte sich vielmehr ganz fällig entwickelt. Der Staatsanwalt sah aber das Verhalten Angeklagten doch als Landfriedensbruch an und beantragte en sechs je sechs Monate; gegen einen weiteren Angeklagten gen einfachen Landfriedensbruches 3 Monate Gefängnis. Das richt verurteilte fünf Angeklagte und sprach die anderen sechs rionen frei. Es hielt aber nicht Landfriedensbruch, sondern meinschaftliche **Körperverletzung für vorliegend und erkannte** gen Niende **auf 4 Wochen, gegen Jankiewicz auf 3 Wochen und** gen **drei weitere Angeklagte auf je 2 Wochen Gefängnis.**

Ein Jahr Zuchthaus wegen Abtreibung

Unter der Anklage der gewerbsmäßigen **Abtreibung** hatte am Montag vor dem Schwurgericht die 47 Jahre alte ffeuse F. zu verantworten. Sie ist wegen Abtreibung schon imal vorbestraft, darunter auch mit 2½ Jahren Zuchthaus und Jahren Ehrverlust. Jetzt sollte sie bei einem 20jährigen dchen einen unerlaubten Eingriff vorgenommen haben. ährend das Mädchen behauptete, bei der Angeklagten gewesen sein, bestritt diese, das Mädchen überhaupt zu kennen. Das richt glaubte aber der Zeugin und verurteilte Frau F. zu **em Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust.** Von einer ortigen Verhaftung wurde Abstand genommen. Frau F. hatte ihre Hilfeleistung zehn Mark von dem Mädchen erhalten.

Ein übler Scherz

Wegen eines recht schlechten Scherzes hatte sich vor dem nell-Schöffengericht der 48 Jahre alte Arbeiter Battke gen **Körperverletzung mittels eines hinterlistigen Ueberfalls** verantworten. Der Angeklagte war am Vormittag des August d. Js. dem 66jährigen Invaliden Sauermann gegner. Beide scheinen politische Gegner zu sein, denn Battke lte sich von Sauermann angelabert, weshalb er dem alten nn einen Stoß gab. Sie waren dann aber wieder beide dlich und unter irgend einem Vorwand lockte Battke den uermann in einen Hausflur auf der Fürstenstraße. Hier drückte ihn gegen die Wand und schüttete ihm ein Paket Waschblau er den Kopf, sodaß Gesicht und Kleidung des S. völlig chmutzt waren. Der Angeklagte behauptete, S. sei völlig be-nken gewesen, und was er da erzähle, sei gar nicht wahr. rschiedene Zeugen haben aber S. gesehen, daß er mit Blau llig überschüttet war. Der Angeklagte ist noch unbestraft. doch wurde es ihm besonders hart angerechnet, daß er als unter starker Mann gegen den sehr hinfälligen Invaliden e derart häßliche Tat beging. Der Strafantrag lautete auf n Tage Gefängnis. Das Gericht war der Ansicht, daß hier n recht schlechter Scherz des Angeklagten vorliege; es sah aber n einer Gefängnisstrafe ab und erkannte auf **30 Mark Geld-afe oder sechs Tage Gefängnis.**

Der Gastwirt als Postbeamter

Am 10. Dezember v. Js. wurde einem Gastwirt aus Oltaschin e dortige Poststelle übertragen und ihm als Beamter der Eid genommen. Als im Februar d. Js. eine Revision der Post-lle erfolgte, ergaben sich **ungeheure Unregelmäßigkeiten**, die L. den kaum zwei Monaten begangen hatte. Gelder, die auf weisungen und Zahlkarten eingingen, waren nicht aus-zahlt worden und zwar in mehr wie 50 Fällen. In 25 Fällen te er auch neue Anweisungen ausgeschrieben, teilweise auf einen geringeren Betrag und hatte die alten Post-weisungen vernichtet. Als ihm eines Tages ein Brief verdächtig kam, behielt er diesen zurück und öffnete ihn, da er ver-tete, es könnte darin eine Beschwerde über nicht erhaltenes eld enthalten sein. L. richtete in der kurzen Zeit nen Schaden von über 4200 Mark an. Der Schaden nnte nur zum kleinen Teil gedeckt werden. Das Urteil gegen n Gastwirt, der vor dem Schöffengericht geständig war, lautete gen Amtsverbrechens auf **ein Jahr Zuchthaus und 100 Mark** eldstrafe.

Verführerische Nachnahmebeträge

Unter der Anklage der Amtsunterschlagung und der Urkundenunterdrückung hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht der 38 Jahre alte Postschaffner Karl G. aus Breslau zu verantworten. Ende Mai d. Js. traf auf dem Postamt 22 die Reklamation eines Nachnahmepaketes ein. Bei der Nachprüfung ergab sich, daß G. am 5. Mai bei einer Firma 230 Mark für ein Nachnahmepaket eingezogen, den Betrag aber nicht abgeliefert hatte. Am 8. Mai hatte er den Betrag von 5,60 Mark für ein Nachnahmepäckchen eingezogen, und dieses Geld ebenfalls nicht abgeliefert. Der Angeklagte erklärte vor Gericht, daß er weder den einen noch den anderen Betrag veruntreut habe. Die 230 Mark hätte er lose in seine Tasche gesteckt und da müssen sie ihm verloren gegangen sein. Auch in dem anderen Falle habe er sich keiner Unterschlagung schuldig gemacht. Die beiden Päckchen wurden bei der Kontrolle deshalb nicht vermißt, weil auf jenem Postamt zufällig zwei Päckchen zuviel da waren und er diese als Ersatz für die bereits von ihm abgelieferten Pakete in das Regal legte. Auffällig war aber, daß er in beiden Fällen von dem Verlust des Geldes bei der Post keine Meldung erstattet hatte, trotzdem ausdrücklich eine solche Vorschrift besteht. Das Gericht konnte ihm auch nicht glauben, daß er eine so hohe Summe amtlicher Gelder einfach lose in die Tasche steckte. Strafmildernd wurde berücksichtigt, daß er durch Krankheit in der Familie in Schulden geraten war und er wurde deshalb zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Vogelsteller

Eine recht gefährliche Leidenschaft hat der Bauarbeiter Alfred Sch. Er beschäftigt sich mit Vogelstellerei, wurde auch schon einige Male dabei erwischt, unter Anklage gestellt und wegen **Uebertretung des Vogelschutzgesetzes verurteilt.** Vor einigen Monaten wurde er am Ende der Dürrgoyer Str. dabei beobachtet, wie er Lockbauer aufstellte. Ein Arbeiter ging hin, nahm die beiden Bauer und stellte sie in seine Baubude. Es dauerte auch nicht lange, da kam Sch. und suchte das ganze Feld ab. Diese Vogelstellerei brachte ihm wieder eine Anklage ein. Da er schon zu zwei verschiedenen Malen mit je drei Wochen Haft vorbestraft ist, wurde er jetzt zu **vier Wochen Haft** verurteilt. Er hatte zwar bestritten, daß er der Vogelsteller sei, denn er habe sich bei Verbüßung der letzten Strafe hoch und heilig geschworen, nie wieder einen Vogel zu fangen. Aber sein Benehmen auf dem Felde war so merkwürdig gewesen und nach seinen Vorstrafen scheint er auch ein Liebhaber von Vögeln zu sein, weshalb das Gericht seinen Angaben keinen Glauben schenkte.

Ein merkwürdiger Brandstifter

Am 14. Oktober gegen ½8 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Dominium Leubus gerufen, wo zwei Getreideschober in Flammen standen, die bis auf den Grund niederbrannten. Für eine Brandstiftung lag kein Verdacht vor, doch da erschien am nächsten Tage auf der Polizei in Wohlau der 31jährige Schuhmacher Franz H. und gab an, daß er das Feuer angelegt hätte, um ins Gefängnis zu kommen. Er habe die Tat auch deshalb begangen, weil doch seine Familie, während er im Gefängnis sitzt, unterstützt werden müsse. Später wiederholte H. nochmals diese Angaben. Doch als er sich dann vor Gericht wegen Brandstiftung verantworten sollte, widerrief er alle seine vorherigen Angaben. Am 20. Oktober war er in Breslau auf der Straße aufgegriffen worden. Er irrte hier umher, hielt Selbstgespräche und hatte einen Abschiedsbrief an seine Frau in der Tasche. Er ist inzwischen auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Danach ist er geistig ganz erheblich minderwertig; doch steht ihm der § 51 nicht zur Seite. Da sowohl die Feuerwehr als auch der Oberlandjäger nicht der Ueberzeugung waren, daß eine Brandstiftung vorliegt, dürfte es sich bei ihm um eine Selbstbezichtigung handeln, die er in seiner verminderten Zurechnungsfähigkeit machte. **Das Gericht sprach ihn deshalb aus Mangel an Beweisen frei.**

Silberhochzeit

feiert heute der Stellmacher Karl Alexander und seine Ehefrau Ida, Andersenstraße 19. A. ist langjähriges Gewerkschaftsmitglied und Leser der „Volkswacht". Wir gratulieren!

Städtische Volksbüchereien und Lesehallen

Die Vorlesestunden der Volksbüchereien werden von Sonntag, den 1. November, ab wieder aufgenommen, sie finden in der Leschalle IV, An den Teichäckern 1, statt. Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose, Kleinrentner und Kriegsbeschädigte 10 Pf. Die Themen sind „Rußland" und „Amerika". Zunächst wird an drei Nachmittagen aus Büchern über Rußland oder von Russen gelesen, der Weg geht von dem alten Rußland über das neuere zum heutigen Rußland.

Arbeiter-Sport

Ausscheidungsspiele am 1. November

14,30: Blauweiß I — Stern I; V.f.L.-Platz Gandau; 62.
12,30: V.f.R. I — Hundsfeld I; V.f.L.-Platz Gandau; 110.
10,00: Südost I. Jugend — Union I. Jugend; Klettendorf; 55.

Gesellschaftsspiele am 1. November

10,00: F.S.V. I — Oswitz I; Bebelpark; 98.
10,30: Sturm I — Union I; Maria-Höfchen; 80.
10,30: Pfeil I — Kawallen I; Zankholzwiese; 123.
8,30: Sturm II — Union II; Maria-Höfchen; Stern.
9,30: Rothsürben I — Südost II; Rothsürben; 182.
10,00: Vorwärts II — Makkabi-Hazair; Stadion; 102.
10,00: Nädlitz III — Rothsürben II; Nädlitz; Vorwärts.
8,00: Sparta III — Stern III; Schlachthof; V.f.R.
15,00: Schmolz III — Südost III; Schmolz; Herta.
10,30: Union III — Sturm III; Deutsch-Lissa; 1928.
8,30: Pfeil III — Kawallen III; Zankholzwiese; 1924.
8,30: F.S.V. IV — Oswitz III; Bebelpark; Union.
9,00: Kawallen IV — Rosenthal III; Kawallen; Herold.
10,00: Silesia-Kickers III — Nädlitz II; Stadion; F.S.V.
10,00: 1928 IV — Union a. H.; Goldschmieden; Einigkeit.
10,30: Sparta I. Jug. — Schmolz I. Jug.; Schlachthof; Hundsfeld.
10,30: Herta I — Silesia-Kickers I; Gräbschen; 217.
10,30: Adler I — Z.d.A. I; Schwoitsch; 64.
10,30: V.f.B. I — 1930 I; Oltaschin; 37.
10,30: Herrnprotsch I — Falke I; Herrnprotsch; 227.
10,30: Freie Sportfreunde I — Wacker I; Zankholzwiese; 223.
10,30: 1921 I — Trebnitz I; Cosel (Bäckerteich); 98.
10,30: Rapid I — Einheit I; Hatzfeldweg; 81.
10,30: Eintracht I — 1928 I; Masselwitz; 11.
10,15: V.f.L. I — West I; Gandau; 132.
10,00: V.f.K. I — Rosenthal I; Herrmannsdorf; 224.
15,30: Kanth I — Herold I; Kanth; 139.
15,30: Koberwitz I — Tasmania I; Koberwitz; 58.

2., 3. und 4. Mannschaften.

8,45: Herta II — Silesia-Kickers II; Gräbschen; V.f.L.
8,45: Rapid II — Einheit II; Hatzfeldweg; Adler.
8,45: V.f.B. II — 1930 II; Oltaschin; Südost.
8,45: Herrnprotsch II — Falke II; Herrnprotsch; Union.
8,45: Freie Sportfr. II — Wacker II; Zankholzwiese; Einigkeit.
8,30: V.f.L. II — West II; Gandau; 1928.
8,45: Eintracht II — 1928 II; Masselwitz; Sturm.
10,30: Stern II — Blauweiß II; Gräbschen; Vorwärts.
8,45: Adler II — Z.d.A. II; Schwoitsch; Herta.
13,30: Kanth II — Herold II; Kanth; 139.
13,30: Koberwitz II — Tasmania II; Koberwitz; 58.
9,00: Wacker III — Freie Sportfreunde III; Brückenaue; F.S.V.
10,00: West III — V.f.L. III; Eichenpark; Wacker.
10,00: Falke IV — Sparta IV; Neukirch; 1921.

Jugendmannschaften.

8,00: Eintracht I — 1928 I; Masselwitz; Sturm.
14,00: Einigkeit I — Obernigk I; Groß-Mochbern; Schmolz.
10,30: Einheit I — Falke I; Brückenaue; Freie Sportfreunde.
9,15: Einheit II — Falke II; Brückenaue; Freie Sportfreunde.
9,00: West II — Stern II; Eichenpark; Sparta.
9,30: Sparta II — Schmolz II; Schlachthof; Hundsfeld.
9,30: Union I. Schüler — Sturm I. Schüler; Deutsch-Lissa; Verein.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Abteilung Nord. Sonnabend, 20 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 6: Abteilungsversammlung. Ausgabe der Abonnements für November. Abteilung West. Ausgabe der Abonnements für November: Kinder Sonnabend von 6 bis 7 Uhr, im Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45; für Jugend und Erwachsene 8 Uhr bei Spiller, Alsenstraße 57.

Kulturvereine

Freie Menschen. Um unseren Kindern Gelegenheit zu geben, Gymnastik zu treiben, errichten wir für diese jetzt jeden Sonntag in der Turnhalle der Margaretenschule, Tauentzienstraße, eine Gymnastikstunde. Weiter haben die Kinder am Sonnabend die Höhensonnenbestrahlung frei.

Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn für den Monat November

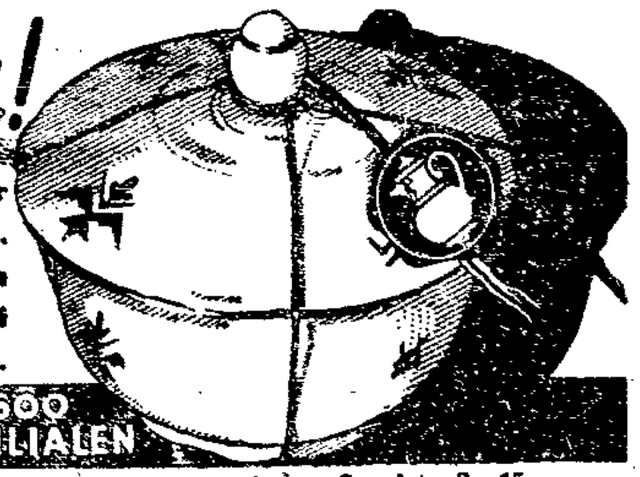
werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den üblichen Tageszeiten verkauft. Am Sonnabend, den 31. Oktober, und Montag, den 2. November 1931, sind die Verkaufsstellen Elisabethstraße 4 und Lessingplatz 3 von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Wasserstand

	29. 10.	28. 10.
Ratibor	3.06	3.52
Neisse (Stadt)	—0.43	—0.38
Neißemündung (Unt.-Pegel)	3.02	3.63
Brieg (Maiatenkran)	3.98	4.23
Treichen	2.47	2.14

	29. 10.	28. 10.
Kamern (Unter-Pegel)	4.64	4.16
Dyhernfurth	3.61	3.15
Abflußmenge (sekundlich)	362	276
Fürstenberg vom 27. 10.	1.22	
Wassertemperatur + 5°		

Preiswert kaufen-sparen-und dies Geschenk dazu!



Diese schöne Porzellan-Bonbonnière, gefüllt mit köstlichen Pralinen ist unser Weihnachts-Geschenk. Wir zeigen es Ihnen jetzt in unseren Schaufenstern. Sie werden sehen, wie praktisch es zu verwenden ist. Auch passt es zu unserem Kaffee- und Tee-Service aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan. Leicht erwerben Sie es durch Einkauf der guten und billigen Kaiser's Erzeugnisse.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT 1500 FILIALEN

Filialen:

Breslau: Bohrauer Straße 18, Frankfurter Straße 117, Frankfurter Straße 175 177, Friedrich-Wilhelm-Straße 33, Gartenstraße 85, Gräbschener Straße 24, Hohenzollernstraße 47 49, Höfchenstraße 67, Klosterstraße 23 25, Matthiasstraße 66, Matthiasstraße 105, Michaelisstraße 39/41, Ohlauer Straße 28, Ring 57, Sandstraße 15, Scheitniger Straße 19, Viktoriastraße 121

11304

Kardinal und Schule

Erzbischof Bertram schreibt an den preußischen Unterrichtsminister

Kardinal Bertram hat namens der preußischen Diözesen seines Amtsbereiches an den preußischen Unterrichtsminister einen Brief geschrieben in dem er gegen den Abbau im Schulwesen Stellung nimmt. So sehr man versucht sein könnte, sich den Argumenten des Erzbischofs hinsichtlich der pädagogischen Bedenklichkeit solcher Maßnahmen, insbesondere bei der Erhöhung der Klassenfrequenz anzuschließen, so sehr ist es doch erforderlich auszusprechen, daß die kirchlichen Instanzen keinerlei Recht besitzen, in die Unterrichtsverwaltung des Staates einzugreifen, daß überdies eine Zusammenlegung verschieden konfessioneller Klassen und Schulen, abgesehen von der Frage der Klassenfrequenz, sicherlich kein Weltunglück darstellt. Es gibt ja schließlich in Süddeutschland genügend Simultanschulen, die dem katholischen Seelenheil noch keinen Abbruch getan haben.

Wie stark nämlich mit den Vorstellungen des schlesischen Kardinals die Tendenz, Einfluß auf das staatliche Schulwesen zu gewinnen, einhergeht, zeigt sich in der Abfassung dieses Schreibens, das von „ernsten Bedenken" allgemeiner Natur selbstverständlich auf die drohenden Gefahren für die religiöse Erziehung überleitet und da unter anderem sagt:

„Eine besondere Gefahr droht der religiösen Erziehung, wenn aus Sparsamkeitsgründen konfessionelle Minderheitsschulen beseitigt werden oder **Volksschulsysteme verschiedener Konfession** vielleicht zusammengelegt werden sollen. Die darauf hinausgehenden Bestrebungen widersprechen nicht nur der bestehenden Rechtslage, sondern werden vom ganzen katholischen Volke als verhängnisvoll für das religiöse Leben zurückgewiesen.

Beunruhigend sind darüber hinaus die Sorgen um Schutz der **Konfessionalität der Lehrerbildung,** um die **konfessionelle** Pädagogische Akademie. Der Episkopat weiß sich mit dem katholischen Lehrerschaft und dem ganzen katholischen Volke einig, wenn er von neuem erklärt, daß auf die Forderung konfessioneller Lehrerbildung niemals verzichtet werden kann.

Die Auswirkungen der Sparmaßnahmen im Berufsschulwesen, in mittleren und höheren Schulen und in dem so **wertvollen** Privatschulwesen, mahnen zu besonderer Vorsicht."

So deutlich, wie der Kardinal sich hier ausgedrückt hat, so deutlich muß von sozialdemokratischer Seite zum Ausdruck gebracht werden, daß auf die Forderung der Verweltlichung des gesamten staatlichen Erziehungswesens, wie es jetzt in Spanien eingeführt wird und in Italien — einem rein katholischen Lande — jahrzehntelang bestand, niemals verzichtet werden kann. Raum für religiöse Unterweisung und Pflege weltanschaulicher Ansichten ist auch in einem weltlichen Schulsystem, wie es von sozialistischer Seite gefordert wird, genügend vorhanden. Allerdings wird dann die Pflege der Religion als Privatsache auch von den hieran interessierten Personen alleine bezahlt werden müssen.

Ein Kind mit Mohnlösung vergiftet?

Sensation im Liegnitzer Gerichtssaal

Ein grauenhaftes Bild zerrütteter Familienverhältnisse entrollte am Montag eine Verhandlung vor dem Liegnitzer Schöffengericht gegen den 66jährigen Arbeiter Julius Tauchert. Tauchert, der oft vorbestraft ist, trat im April 1921 in intime Beziehungen zu seiner eigenen Tochter. Die Folge war, daß diese im Dezember 1921 einem Kinde das Leben schenkte, das nach fünf oder sechs Wochen plötzlich starb. Tauchert wurde damals wegen Blutschande zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. In letzter Zeit verschlechterte sich sein Verhältnis zu seiner Frau derart, daß diese die Scheidung einleitete und Tauchert zur Zahlung von Unterhalt verurteilt wurde. Da er selbst aber nur Wohlfahrtsunterstützung erhielt, war er nicht in der Lage, zu bezahlen. So schrieb er schließlich am 30. April d. J. an seine inzwischen verheiratete Tochter einen Brief, daß er sie und ihre Mutter, also seine eigene Frau, **wegen vorsätzlicher Tötung des** von ihm gezeugten **Kindes** anzeigen werde, wenn die zwangsweise Beitreibung der Unterhaltsrente nicht unterlassen werde. Hierauf wurde gegen ihn ein Verfahren wegen versuchter Erpressung eingeleitet. Vor dem Schöffengericht machte er jedoch die Mitteilung, daß seine Angaben in jenem Briefe stimmen und Frau und Tochter sein Kind ermordet haben sollen, indem sie ihm regelmäßig zwei bis drei Teelöffel Mohnabguß einflößten. Das Kind habe dauernd geschlafen, so daß dies auch der Hebamme aufgefallen sei und sie ärztliche Beratung gefordert habe. Von dem Kindesmord habe er erst nach der Tat erfahren, als seine Frau zu ihm sagte: **„Dem Kinde ist wohl, und die Schande ist aus der Welt geschafft!"** Trotz aller Vorhaltungen über die Schwere der furchtbaren Anklage blieb Tauchert dabei, daß er die reine Wahrheit gesagt habe. Daraufhin wurde das Verfahren gegen ihn vertagt und zunächst gegen seine Frau und die Tochter die Voruntersuchung wegen Mordes eröffnet.

Die „Ostfront" zusammenbrochen

Ungetreuer Konkursverwalter als nationalistischer Publizist

Diesmal handelt es sich nicht um Hindenburgs Strategie im Weltkrieg, nicht um Lemberg und Przemysl, auch nicht um romantische Versuche, den Frontgeist organisatorisch zu stärken, sondern um eine moralische Pleite im Zusammenhang mit der in Waldenburg erscheinenden Wochenschrift „Die Ostfront", die eine Art „geistiges" Bindeglied zwischen Stahlhelmbestrebungen und nationalsozialistischem Sehnen nach dritten Stadien darstellt. Kennzeichnend für die Arbeiterfreundlichkeit dieses Blattes ist, daß es sich vor kurzem in einer den bekannten Breslauer Kaschemmenblättern ähnlichen Weise mit persönlichen Verhältnissen sozialdemokratischer Vertrauensträger beschäftigten und dabei u. a. einen Amtsvorsteher den „entsetzlichen" Vorwurf machte, daß er früher einmal — — Straßenkehrer gewesen sei.

Begründer dieses nationalen Organs für Völkerverhetzung im Grenzgebiet war ein gewisser Sachse, der sich sonst in Waldenburg als Konkursverwalter betätigte. Schon seit längerer Zeit wurden gegen S. Vorwürfe wegen unkorrekter Geschäftsführung seiner Konkursabwicklungen erhoben und nun dieser Tage tatsächlich festgestellt, daß er mit Hilfe von falschen Kontoauszügen usw. ungefähr 60 000 Mark veruntreut hat. Sachse hat sich daraufhin erschossen. Ob und inwieweit seine Veruntreuungen der „Deutschen Ostfront" dienten, ist nicht bekannt. Da dieses Unternehmen aber sicher nicht rentabel zu gestalten, dürfte ein gewisser Zusammenhang ohne Zweifel bestehen. Herr Sachse war ehedem nicht Straßenkehrer, sondern königlich preußischer Hauptmann.

Ein mildes Urteil

In der Nacht zum 29. August erschoß der ehemalige SA.-Führer und Nazimann Wallow aus Nieder-Faulbrück im Verlaufe eines Streites seine Ehefrau. Die Frau wurde durch einen Lungenschuß schwer verletzt und starb einige Tage darauf.

Wallow hatte sich nunmehr vor dem Schweidnitzer Schöffengericht zu verantworten. **Der Vertreter der Anklage** ließ die Anklage wegen fahrlässiger Tötung fallen und **beantragte Freisprechung** des Angeklagten, da nach dem Gutachten des Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Engel aus Reichenbach, dem Angeklagten der § 51 des Strafgesetzbuches zuzubilligen sei. Das Gericht schloß sich diesem Antrag jedoch nicht an, sondern erkannte gegen den Angeklagten auf 6 Monate Gefängnis wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Woher der Nazimann die Waffe hatte, wurde leider nicht geklärt.

Unter Mordverdacht festgenommen

Unter dem dringenden Verdacht, die 17jährige Haustochter Hildegard Schulz bei Löbenslust ermordet zu haben, wurde in Lauban der 35jährige Richard Neumann festgenommen. Nach dem Morde wurde in dem Walde nahe der Mordstelle ein Mann gesehen, der blutbefleckte Kleidung trug und dessen Beschreibung auf den Verhafteten zutrifft. Vorläufig leugnet er den Mord, mußte jedoch bereits verschiedene Ueberfälle und Angriffe auf andere Frauen zwischen Lauban und Löbenslust zugeben.

Prozeß um Silberfüchse

In einem umfangreichen Prozeß, der sich aus dem Zusammenbruch der erst vor einiger Zeit bei Görlitz begründeten Silberfuchsfarm ergeben hatte, wurde der Angeklagte Rosenthal wegen Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen zu einer Woche Gefängnis, der Angeklagte Feindt wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung, Untreue und Unterschlagung in je einem Falle zu zusammen sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

In sämtlichen übrigen Fällen — es standen 33 Fälle zur Anklage — hat das Gericht auf Freispruch erkannt. Feindt wurden in Anbetracht der Tatsache, daß er nicht zu seinem eigenen Vorteil handelte und sich in gutem Glauben befand, mildernde Umstände und Bewährungsfrist von drei Jahren zuerkannt und die Untersuchungshaft angerechnet. Feindt nahm das Urteil an; die Staatsanwaltschaft hat sich ihre Erklärung vorbehalten.

Warmbrunn und das Ferngas

Der Lieferungsvertrag zwischen der Gemeinde Warmbrunn und der für das Hirschberger Becken privilegierten Gaslieferungs-Gesellschaft Köln, A.-G., ist derzeit abgelaufen. Die Verhandlungen über den Neuabschluß stoßen auf Schwierigkeiten, da die Gemeinde Warmbrunn auf verschiedene von der Gesellschaft vorgeschlagene Aenderungen des Vertragstextes nicht einzugehen gewillt ist. Nachdem die Gemeindevertretung in der Vorwoche hierzu Stellung genommen hat, sollen nunmehr die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Bluttat im Suff

Mehrere Gäste eines Wirtshauses in Bittkow (Polnisch-Schlesien) gerieten in angeheiterter Stimmung in Streit, der nach dem Verlassen des Lokals auf der Straße fortgesetzt wurde und schließlich in eine Schlägerei ausartete, in deren Verlauf ein gewisser Ernst Dranik zweimal aus einem Revolver schoß. Eine Person erhielt einen Bauchschuß und verschied kurze Zeit darauf, eine zweite einen Schuß ins linke Bein. Der Schießheld erkannte plötzlich die furchtbaren Folgen seiner Handlungsweise, richtete die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch drei Schüsse in die Brust.

Der Bezirksvorstand der SPD. Mittelschlesiens beruft für Sonntag, den 1. November 1931, nach dem Gewerkschaftshaus Breslau, Margaretenstraße 17, eine

Frauenkonferenz

ein. Beginn der Tagung vormittags 10 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Bericht der Unterbezirke über die Frauenarbeit. Aussprache darüber. 2. Wahlen. 3. Politisches Referat von Genossin Ansorge, M.d.R.

Ortsvereine, die bis 200 weibliche Mitglieder haben, entsenden eine Delegierte. Eine zweite können die Ortsvereine delegieren, die bis 500 weibliche Mitglieder aufzuweisen haben. Bezirks-Frauen-Agitationsausschuß und Abgeordnete des Reichstages, des Landtages und des Provinziallandtages nehmen mit beschließender Stimme an der Tagung teil. Die Kosten der Delegation tragen die Ortsvereine.

Deutsche Lehrer abgebaut

Immer noch nationalistische Schulpolitik in der Wojewodschaft

In der Vorwoche erhielten im Stadt- und Landkreis Kattowitz rund hundert deutschsprachige Lehrerinnen und Lehrer die Mitteilung, daß seitens des Schulamtes der Wojewodschaft ein Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet würde. Es handelt sich um eine Fortsetzung der bekannten Aktion wegen der vom Deutschen Lehrerverein gezahlten Unterstützung an die Minderheitslehrer in der Wojewodschaft Schlesien. Ob noch weitere Mitteilungen dieser Art an deutsche Minderheitsschulkräfte ergangen sind oder noch ergehen, ist im Augenblick noch nicht festzustellen.

Ratschütz Kreis Jauer. Spiel mit der Schußwaffe. Zu Besuch weilende junge Leute hantierten am Sonntag nachmittag im Gehöft des Stellenbesitzers Zobel mit einer geladenen Schußwaffe. Plötzlich ging ein Schuß los und drang der 24jährigen Besitzerstochter in die Leber, so daß sie schwerverletzt zusammenbrach. Ihr Zustand ist ernst.

Liebau. Nägel in den Futterrüben. Ein hiesiger Landwirt mußte kurz nach der Fütterung mit Futterrüben nacheinander drei Kühe abschlachten lassen. Wie die Nachforschungen ergaben, hatten die Tiere Nägel in dem Futter mitgefressen, von dem nichtswürdigen Spitzbuben bereits auf dem Felde in Rüben getrieben worden waren.

Schönwald, Kr. Rosenberg. Kampf mit Wilddieben. Zwei Förster hörten unweit des Dorfes mehrere Schüsse fallen. Sie gingen den Schüssen nach und stießen auf zwei verdächtige Personen. Auf Anruf ergriff einer von ihnen die Flucht, während der andere im Gebüsch Deckung suchte, um nach den Förstern schießen zu können. Einer der Förster gab daraufhin auf den Wilddieb einen Schrotschuß ab. Bei der Verfolgung der Wilddiebe wurde einer von ihnen festgenommen, und bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurde eine große Anzahl von Jagdgeräten, Munition und frisch geschossenem Wild gefunden.

Beuthen OS. Leichenfund an der Grenze. Bei einer Schlackenhalde in unmittelbarer Nähe der um Beuthen führenden polnischen Grenze fand man die Leiche einer Arbeiterin, die anscheinend den Grenzgraben passiert hatte, da sie Kleider nach waren. Ob Mord, Freitod oder Unglücksfall vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Aus der Umgebung

Wohlfahrtsunterstützungsempfänger im Kreise Neumarkt

brauchen nur einmal wöchentlich zu stempeln

Schon einmal wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger nur einmal in der Woche zu stempeln brauchen. Da es aber da und dort immer noch Schwierigkeiten gibt, hat sich das Parteisekretariat des Unterbezirks Breslau-Land, Neumarkt, Nimptsch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands noch einmal an die Arbeitsamt-Nebenstelle Neumarkt gewandt, das folgendermaßen erwiderte:

Arbeitsamt Breslau
Nebenstelle Neumarkt i. Schl.
Tgb. Nr. 2531

Neumarkt, den 23. Oktober 1931.

Noch vor Eingang Ihres w. Schreibens vom 21. d. M. war für die Kontrolle der Kreiswohlfahrtserwerbslosen Einvernehmen mit dem Kreiswohlfahrtsamt veranlaßt worden, daß nur einmal wöchentlich eine Meldung zu erfolgen hat. Vor Vorjahre ist die Meldung während der Wintermonate ebenfalls auf einmal wöchentlich beschränkt worden; für die Monate April bis September erschienen die Wohlfahrtserwerbslosen an zwei Tagen der Woche, um bei sich bietender Vermittlungsmöglichkeiten schneller zur Verfügung zu stehen.

Für die anderen Nebenstellen des Arbeitsamts Breslau bestand überdies dieselbe Anordnung.

Der Vorsitzende. gez. Gebel

Kanth. Autobus-Unfall. Das Auto, welches den Verkehr zwischen Bahnhof und Stadt vermittelt, verunglückte, indem es beim Ueberholen eines Lastwagens aus dem nahe liegenden Groß-Peterwitz von diesem gerammt und erheblich beschädigt wurde. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Domslau. Begleiterscheinungen des republikanischen Tages. Wie uns ergänzend mitgeteilt wird, hielt es der hiesige Totengräber am vergangenen Sonntag für erforderlich gehalten, seine Hunde auf einige Jungbannkameraden des Reichsbanners zu hetzen, die sich am Nachmittag den Friedhof ansehen wollten. Offenbar hat er die Reichsbannerleute mit den hakenkreuzlerischen Friedhofsschändern verwechselt. — Abends wurde ein Reichsbannermann, der allein spazieren ging, von einem Nazi hinterrücks mit einem Schlagring überfallen und an der rechten Hand verletzt. Natürlich ergriff dieser Held sofort die Flucht, so daß herbeieilende Kameraden des Ueberfallenen ihn nicht zur Rechenschaft ziehen konnten. Besonders hat Herr Gemeindevorsteher Roesner naturgemäß die „Volkswacht" ins Herz geschlossen. Er sucht unseren Berichterstatter, hat aber leider falsch getippt. Es wäre zweckmäßig, wenn Roesner, in der Wahl seiner Ausdrücke etwas vorsichtiger würde, sonst könnte er unter Umständen einmal an anderer Stelle für seine Aeußerungen gerade stehen müssen.

Sacrau. Arbeitsjubiläum. Dieser Tage konnte der langjähriger Abonnent August Dreiacker auf sein 50jähriges Arbeitsjubiläum zurückblicken.

Wiltschau. Gänsediebstahl auf offener Straße. Auf offener Straße wurden hier sechs Gänse von Dieben, die auf Rädern des Weges kamen, weggefangen. Trotzdem die Diebe sofort verfolgt wurden, konnten sie unerkannt entkommen.

Tinz. Motorradunfall. Auf der Strecke zwischen Malsen und Tinz passierte am Montag abend ein Unfall, der leicht schlimmere Folgen haben konnte. Durch Reißen der Getriebekette geriet ein Motorradfahrer ins Schleudern und überschlug sich. Er erlitt nur leichtere Verletzungen, während beim Motorrad eine Fußraste weggerissen und die Vordergabel vollständig verbogen wurde.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170–173
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9–13 u. 16–18 Uhr

Achtung, Ortsgruppenführer!

Am Sonntag, dem 1. November, findet im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, im kleinen Saal eine Bezirks-**Frauen-Konferenz** statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist und die Winterarbeit durchgesprochen wird, ist es notwendig, daß möglichst aus allen Ortsgruppen Frauen delegiert werden.

Desgleichen bringen wir in Erinnerung, daß einige Ortsgruppen des Unterbezirks bis zur Stunde noch nicht die Abrechnungen für das dritte Quartal eingesandt haben. Die Frist ist bereits verstrichen und muß das Versäumte bald nachgeholt werden.

Der Unterbezirksvorstand.

Klarenkranst. Freitag, den 30. Oktober, bei Michel, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Korn.

Kottwitz. Freitag, den 30. Oktober, bei Wolff, 19 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Leipe-Petersdorf. Sonnabend, den 31. Oktober, bei Fiedler, Mitglieder-Versammlung, 20 Uhr. Redner: Genosse Lachs.

Leuthen. Sonnabend, den 31. Oktober, bei Spitzer, Mitglieder-Versammlung, 20 Uhr. Redner: Genosse Simon, Marschwitz.

Jäschgüttel. Sonnabend, den 31. Oktober, findet um 20 Uhr eine Filmveranstaltung statt. Gezeigt werden verschiedene interessante Filme. Wir erwarten guten Besuch.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land/Neumarkt

Herrmannsdorf. Morgen Freitag 20 Uhr bei Gesde außerordentliche Mitgliederversammlung. Der technische Vorstand sowie der Kassierer erscheinen bereits um 19,30 Uhr. Jeder Kamerad muß an der Versammlung teilnehmen. Ferner ist sämtliches Material des Reichsbanners mitzubringen.

Schönbora. Sonnabend, 31. Oktober, 20 Uhr, bei Mrygalla wichtige Mitgliederversammlung. Referent ist anwesend.

Die Stimme des Gegners

Von den Sozialdemokraten, die zunächst einmal aufhören, alles, was ihnen von ihrer Partei vorerzählt worden ist, blindgläubig als Wahrheit zu nehmen, von denen, die überhaupt einmal auch in die Versammlungen Andersgesinnter hineingehen, wird dann auch mancher den Weg zur nationalen Front finden, wird mancher einsehen, daß er bei den sich streitenden Marxisten verschiedenster Schattierung nichts für sich zu erhoffen hat. So kann dieser Streit allerdings eine neue Bresche schlagen, in die die nationale Front einbrechen kann.

„Schlesische Tagespost" in ernster Besprechung der Breslauer Spaltung.

Fliegende Geologen

er Kampf um die Arktis — Die Arbeit der Prospektoren — Lohnen sich die Kosten?

Der fliegende Geologe spielt eine wichtige Rolle in dem ge-igen Kampfe um das eisgebundene, 800 000 Quadratmeilen ssende Reich der kanadischen Arktis — ein Reich, das nicht r erobert und ausgebeutet werden wird, bevor wir nicht hin-liche Kenntnisse über seine Erz- und Kohlenvorkommnisse be-

Ueberall, wo das Vorhandensein von Erzvorkommnissen uiet wird, werden von den „fliegenden Geologen" sogenannte pektoren abgesetzt, die den Auftrag haben, entsprechende Nach-ungen anzustellen. Nach etwa zwei Wochen kehrt jeweils fliegende Geologe zum Prospektorenlager zurück, nimmt die chte entgegen, prüft die Proben und entscheidet, ob die Er-ung der Gegend weiterer Mühe und weiterer Kosten wert der ob er die beiden Männer mit ihrer Ausrüstung nicht r ins Flugzeug nehmen und in verheißungsvolleres Gebiet gen soll.

Bisher hat die Erforschung der kanadischen Nord-territorien von ihrer südlichen Grenze bis zur Eis-küste, vom Mackenziestrom bis zur Hudson-Bay mehr als illionen Dollar gekostet. Noch aber hofft man auf die Ent-ng jener gewaltigen Erzlager, deren Ausbeutung ein Viel-s der bisher verausgabten Dollarmillionen einbringen wird.

Eine Million Flugmeilen!

Während der letzten drei Jahre haben zuerst 17 und dann iloten mit ebensovielen Aeroplanen andauernd Erkundungs-durchgeführt. Während dieser Zeit haben sie mehr als 0 Fahrten mit Prospektoren unternommen, 1 700 000 Pfund iant und Ausrüstungsgegenstände transportiert und fast Million Meilen durchflogen. Nur ein einziger Pilot kam Leben — er landete auf einem See und ertrank. Nur wenige zeuge gingen verloren, einige wurden beschädigt, stehen aber Vornahme von Reparaturen wieder im Dienst. Nicht ein d Frachtgut ging verloren, und kein einziger Passagier ver-ückte tödlich.

Bei durchschnittlichem Wetter ist der Norden das Ideal-t des Fliegers. Aber immerhin ist „Sicherheit" auch hier relativer Begriff. Ein Mann, der seine Sache gut versteht ihr seine ganze Sorgfalt zuwendet, ist fast überall sicher. Aber unangebrachten Wagemut hat man nur wenig Verständnis. genug geschieht das Unvorhergesehene und wirkliche Gefahr gt den erfahrenen und geschickten Piloten, allen Wagemut alle Findigkeit aufzubieten, um sein Leben zu retten.

Einmal entschloß sich eine kanadische Gesellschaft aus Spar-eitsgründen, ohne alterprobte Piloten auszukommen. Sie ihre Bergbauingenieure nur fünfzig Stunden für die Lenkung Aeroplanen ausbilden und sandte sie dann in die Arktis. Das Ergebnis war, daß die Gesellschaft sechs Flugzeuge, n auch glücklicherweise keine Menschenleben, verlor.

Gefährliche Landungen.

Kritische Landungen auf unbekannten Seen und unter un-igen Witterungsverhältnissen können manchmal nicht ver-en werden. Die Byrd-Expedition hat festgestellt, daß die zontlinie überhaupt nicht wahrgenommen werden kann, da Boden mit Schnee bedeckt und der Himmel so bewölkt ist, daß diffuse Licht keine Schatten wirft. Luft, Erdboden und see lassen sich dann nicht voneinander unterscheiden, und der t kann nicht beurteilen, wo sich unter ihm Grund befindet. Flieger der kanadischen Arktis kennen diese Gefahr nur zu Sie haben gelernt, ihr zu begegnen, indem sie im Winter möglichst niedrig fliegen und sich bemühen, den Erdboden nie der Sicht zu verlieren.

Drei Flugzeuge mußten in den der Herschel-Insel vorgelagerten Bergen landen. Sie hatten tiefe Cannons unter sich, ein starker Wind herrschte, Nebel war aufgezogen, der Erdboden schneebedeckt, und Bäume fehlten, die einen Anhaltspunkt für die Höhe geboten hätten. Nachdem der eine Pilot sorgfältig einem Cannon ausgewichen war, landete er sicher, und die beiden anderen Flugzeuge standen genau in den Schlittenspuren des ersten Halt. Nun stellte sich heraus, daß sie sich auf einem schmalen Felsvorsprung befanden. Sie erleichterten ihre Ladung, wandten die Flugzeuge dem Abhang des Berges zu und glitten, die Aeroplane als Toboggans benützend, mit stark gedrosselten Motoren abwärts.

Ein anderer Pilot, der zu vorgeschrittener Jahreszeit flog, und gezwungen war, auf schwachem Eis zu landen, warf seine Ladung ab und ließ seine Passagiere abspringen, ohne den Motor abzustellen. Das brüchige Eis krachte und splitterte dann unter den Kufen seines Apparates. Eine Verzögerung von nur einigen Sekunden hätte ihren sicheren Tod bedeutet.

Der noch immer unerreichte „Iglu".

Aber es genügt nicht, daß ein Pilot seine Maschine richtig zu lenken und zu behandeln versteht. Es genügt nicht, daß er Wunderwerke der Geschicklichkeit vollbringt wie jener, an dessen Aeroplan ein Propeller brach und der sich selbst aus Holz einen neuen zimmerte — und mit seiner Hilfe auch fliegen konnte! Der Pilot muß auch die Arktis und ihre Gesetze kennen.

Eine der begehrenswertesten Fertigkeiten des Nordens ist die Kunst, ein Eskimo-Schneehaus zu bauen. Man mag irgendwelche patentierten Seidenzelte und andere „Kälteschutz-" und „Windschutz"-Vorrichtungen preisen, die sich auf Photographien trefflich ausnehmen und eine Menge Geld kosten. Doch im hohen Norden erinnert man sich allzuoft, daß keines von diesen Dingen sich auch nur im entferntesten mit dem „Iglu", dem Schneehaus der Eskimos, vergleichen läßt. Vor zwei Jahren zwang ein Blizzard zwei Expeditionsgesellschaften zu unfreiwilliger Rast — nicht weit voneinander entfernt. Sie mußten durch etwa zehn Tage auf den Eintritt günstigerer Witterung warten, die es ihnen ermöglichen sollte, ihre Aeroplane aus dem Schnee auszugraben und davonzufliegen. Der einen Expeditionsgesellschaft gehörte ein Mann an, der ein „Iglu" bauen konnte: seine Gefährten wohnten in Wärme und Behaglichkeit, konnten sich täglich rasieren und regelmäßige Mahlzeiten einnehmen. Die andere Gesellschaft wohnte in der überfüllten Kabine ihres Aeroplans und verbrachte den Großteil ihrer Zeit damit, am ganzen Körper zitternd, die Fährlichkeiten des hohen Nordens zu beweinen.

„Verschollen".

Wenn ein noch unerfahrener Pilot zu weiter Fahrt ausfliegt und in einer Entfernung von etwa hundert Meilen schlechtes Wetter antrifft, kehrt er zu seinem Ausgangspunkt zurück, um einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Aber der erprobte Pilot landet auf der Eisdecke des nächsten geeigneten Sees, packt seine Ausrüstung aus, tut als ob er hier zuhause wäre, und fliegt wieder, sobald er kann. Denn jeder Apparat führt für den Notfall Jagd- und Lagerausrüstung mit. Das bekannteste Beispiel für in den letzten Jahren im kanadischen Norden auf diese Weise „verschollenen" Flieger bietet die Mac-Alpine-Expedition, die durch mehr als sechs Wochen mit einem Kostenaufwand von 250 000 Dollar gesucht wurde. In Wahrheit hatte die Expedition, die durch Benzinmangel zum Ueberwintern in der Arktis gezwungen war, keinerlei Menschenverluste; aber wären nicht ein guter Führer und einige Männer unter den Flugteilnehmern gewesen, die die Arktis und deren Gesetze genau kannten, wäre wohl keiner von ihnen mit dem Leben davongekommen.

Stürmischer Lokaltermin

Wo man die Calmette-Kulturen züchtete. — Das Laboratorium ohne Kontrollbücher

Tagelang hat man im Lübecker Prozeß vom großen Laboratorium, vom kleinen Laboratorium, von Brutschränken, Eisschränken, von Kölbchen und Röhrchen gehört; tagelang hat man von Eiernährböden, von Sautonschen Nährböden, von der Herstellung der BCG.-Emulsionen gesprochen. Alle Prozeßbeteiligten fühlten sich schon als Bakteriologen. Nun wurden die Laboratorien des Krankenhauses besichtigt. Da standen die Brutschränke. Man sah die Kölbchen. Man sah die Röhrchen. Bei ihrem Anblick wurden die Laien immer kleiner. Sie fühlten von bakteriologischen Dingen hatten sie nun schon genug gehört, Bakteriologen waren sie noch nicht geworden.

Man sah das Reich der Krankenschwester Anna Schütze, sah das Laboratorium, in dem sie Herrscherin war. Bei der Besichtigung wurde gezeigt, wie und wo die von Calmette geschickte Stammkultur aufbewahrt und abgeimpft worden war, wo und wie man die BCG.-Emulsionen hergestellt hatte. Mitten in diese Demonstration klappte eine entscheidende Frage. Geheimrat Kolle vom Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt bat, das Protokollbuch über die Untersuchungen sehen zu dürfen. Schwester Anna Schütze: „Protokollbücher haben wir nicht geführt." Geheimrat Kolle: „Aber Protokollbücher sind doch der Kernpunkt jeder wissenschaftlichen Arbeit. So ein Laboratorium habe ich noch nicht . . ." Es stellte sich dann heraus, daß Protokollbücher tatsächlich nicht geführt worden sind, daß man nur auf einzelnen Blättern einzelne Angaben zur Kontrolle aufgezeichnet hat. Als Geheimrat Kolle diese Blätter zu sehen wünschte, sagte Schwester Anna Schütze: „Ich weiß nicht, ob Herr Professor Deycke das gestattet . . ." Rechtsanwalt Dr. Wittern beantragte daraufhin, die Beschlagnahme sämtlicher im Laboratorium vorhandenen Schriftstücke. Der Vorsitzende ordnete die vorläufige Sicherstellung dieses Materials an.

Bei der Auseinandersetzung über die Protokollbücher wäre es fast zu einer Schlägerei zwischen Professor Much und Geheimrat Kolle gekomen. Professor Much fiel Geheimrat Kolle ins Wort. Er erklärte, Protokollbücher seien für dieses Laboratorium überflüssig. In höchster Erregung rief Geheimrat Kolle: „Jetzt werde ich aber temperamentvoll. Was haben Sie denn hier zu sagen?" Professor Much: Ich habe auch etwas zu sagen". Bei diesen Worten hatte man den Eindruck, als wollte Professor Much losschlagen. Geheimrat Kolle schrie: „Herr Vorsitzender, ich verbitte mir das von diesem Mann. Nehmen Sie mich bitte gegen diesen Mann da in Schutz!"

Die Reagenzgläser zitterten, die Prozeßbeteiligten lächelten. Der Kampf der Sachverständigen soll doch erst beginnen. Nach diesem Geplänkel kann man sich auf manches gefaßt machen.

Sturm gegen das Seemannsgericht

Stürme in der Ostsee verspäteten das Eintreffen der längst fälligen Dampfer aus Leningrad. Am Dienstag traf nur der Dampfer „Rheinland" ein. Da er nach Aussage des Kapitäns keine Streikenden an Bord hatte, wurde er sofort zur Weiterfahrt freigegeben. Versuche, mit Hilfe von Flugzeugen und Funkentelegraphie den Standort der ausstehenden Dampfer zu erfahren, blieben erfolglos. Das Schnellgericht in Holtenau ist deshalb aufgelöst worden. Die Schnellverfahren gegen die Besatzung der noch ausstehenden Schlepper, Leichter und Dampfeer werden im Kieler Strafgerichtsgebäude vor sich gehen.

Die zuletzt verurteilten Seeleute mußten nach der Strafanstalt in Neumünster überführt werden, weil das Kieler Strafgerichtsgebäude durch die eingelieferten Seeleute überfüllt ist.

Vernehmung
der Schultheiß-Patzenhofer Angelegenheit

Wie die Berliner Justizpressestelle mitteilt, haben die nehmungen in Sachen Katzenellenbogen (Schultheiß) ns der Staatsanwaltschaft bereits begonnen. Bisher liegen ei Anzeigen von Aktionären wegen Betruges d Untreue vor.

Notlandung
es französischen Militärflugzeuges in Baden

Ein französischer Kampfeinsitzer nahm gestern abend, etwa Kilometer von der Stadt Kenzingen entfernt auf einem elgelände eine Notlandung vor. Der Führer, ein nzösischer Korperal, erklärte bei seiner behördlichen Ver-mung, daß er sich im Nebel verflogen habe und der cht gewesen sei, er befände sich in der Nähe der Mosel. Der eger wurde bis zur Klärung der Angelegenheit in einem thaus untergebracht.

Riesige Sprengstoffunde bei Kommunisten

e Berliner Politische Polizei deckte bei einem Mitglied der mmunistischen Partei ein großes Sprengstofflager auf, in dem gesamt drei Zentner Dynamit und fertige nden gefunden wurden. Dieses Lager soll mit einem weit-zweigten Netz von Sprengstofflagern über ganz Deutschland in Zusammenhang stehen.

Zugzusammenstoß bei Leipzig

24 Verletzte

Am Mittwoch abend gegen 21 Uhr fuhr auf Bahnhof Zwenkau ein aus Leipzig kommender Personenzug auf ein falsches Gleis und stieß auf eine Wagengruppe auf. 24 Personen wurden verletzt. Der Sachschaden ist gering. Der Betrieb wurde durch den Unfall nicht gestört. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht geklärt.

Werkspionage auch in Bitterfeld?

Vier bei den J.G. Farbenwerken in Bitterfeld beschäftigte Personen wurden gestern wegen Verdachts der Werkspionage festgenommen. Es handelt sich um vier Kommunisten, die Angehörige der RGO. sind. Sie waren als Arbeiter im Betriebe beschäftigt und spielten im kommunalpolitischen Leben eine Rolle. Inzwischen hat bereits eine Anzahl Haussuchungen stattgefunden.

Das dämonische Weib

Wie Matuschkas Pfarrer das Eisenbahnverbrechen aufklärt

Der Pfarrer der Heimatsgemeinde des Eisenbahnverbrechers Matuschka veröffentlicht in einem Budapester Blatt eine Erklärung, nach der **Matuschka nie Kommunist, sondern immer ein treuer Sohn der Kirche gewesen** ist. Er habe der Pfarrkirche kostbare Geschenke gemacht. Nur dem Einfluß eines dämonischen Weibes könne seine Wandlung zugeschrieben werden.

Bullerjahn-Lokaltermin

In der Wiederaufnahmesache für den auf Grund eines Indizienurteils wegen angeblichen Landesverrates zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Oberlagerverwalters Bullerjahn fand am Mittwoch in Berlin-Charlottenburg auf Veranlassung von Reichsgerichtsrat Coenders ein Lokaltermin statt. Der frühere Generaldirektor der Berlin-Karlsruher Industriewerke, Karl von Gontardt, dessen Bekundungen bei der Verurteilung Bullerjahns eine große Rolle spielten, hat bei seinen nochmaligen Vernehmungen seine alten belastenden Aussagen wesentlich eingeschränkt. Die Bankiers von Stauß und Louis Hagen, die vom Reichsgericht als Leumundzeugen über Herrn von Gontardt vernommen wurden, sollen sich im übrigen über die Qualitäten dieses „Kronzeugen" recht zurückhaltend geäußert haben.

Zahlungsschwierigkeiten der Stadt Rotterdam

Wie „Telegraaf" erfährt, ist die Stadt Rotterdam infolge der durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise verursachten unerwartet starken Senkung ihrer Einkünfte plötzlich in ernste Finanzschwierigkeiten geraten. Der Bürgermeister von Rotterdam sah sich genötigt, der Regierung mitzuteilen, daß die Stadt am 1. November ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne, wenn die Regierung ihr nicht zu Hilfe komme. Im Kabinett finden zu zeit eingehende Beratungen darüber statt, in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen die beantragte Hilfeleistung gewährt werden könne. Weiter verlautet, daß auch andere holländische Gemeinden von ernsten finanziellen Schwierigkeiten bedroht seien und daß in Regierungskreisen daher das Problem der Liquidität der Gemeinden als sehr dringlich betrachtet werde.

Die Geschichte von der Spitzmaus und der Zitternase

Von G. Th. Rotman.

5.

5.

Doch plötzlich erstarrten wir beide vor Schreck. Stellt euch vor: da nahe vor uns teilte sich der Halmenwald und zum Vorschein kam. . . . der dicke, falsche Kopf des Katers Krallen-Peter! Glaubt mir, wenn man so etwas zum ersten Mal im Leben mitmacht, kann man das Lachen schon verlernen!

6.

Ihr versteht, daß wir nicht lange stehen blieben! Wir rannten vom Acker fort, durch zwei oder drei Gemüsegärten, bis wir durch eine offenstehende Gartentür ins erste beste Haus kamen. Das war gewiß frech, aber was tut man nicht alles, wenn man in Angst und Nöten schwebt!

(Fortsetzung folgt.)

6.

Der Kampf ums Brot

Zur Lohnbewegung der Eisenbahner

Im Lohnkonflikt bei der Reichsbahn hat der Schlichter am Dienstag abend einen Schiedsspruch gefällt, der eine Zwischenlösung darstellt. Er sieht eine vorläufige Verlängerung des Tarifvertrags vor. Die Verhandlungen sollen wieder aufgenommen werden, sobald die Entscheidung in dem noch schwebenden Lohnstreit der Arbeiter des Reiches, der Reichspost und der Gemeinden vorliegt. Die Gewerkschaften haben den Zwischenschiedsspruch angenommen, die Reichsbahn hat ihn abgelehnt.

Die Gewerkschaften haben im Lohnkonflikt der Eisenbahner mobil gemacht. Den ganzen Dienstag über wurden von den Organisationen nicht nur bei den Lohnverhandlungen selbst, sondern auch an anderer Stelle Vorstöße unternommen, um vor allem die Regierung auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen. Am Dienstag vormittag wurden die Vertreter der Eisenbahnerverbände beim Reichsverkehrsminister vorstellig. Im Anschluß daran fanden auch im Reichsarbeitsministerium nochmals Besprechungen statt. Die Gewerkschaften sind, wie man sieht, auf dem Damm. Ihre Aktivität blieb nicht ohne Erfolg. Im Lohnkonflikt der Eisenbahner haben sie zunächst einmal Zeit gewonnen. Die Lohnregelung der Eisenbahnerlöhne ist vertagt bis nach der Entscheidung über die Lohnfrage der Reichsarbeiter. Zunächst hat also jetzt der Wirtschaftsbeirat das Wort. Er muß Klarheit darüber schaffen, ob in Deutschland der bisherige Weg des Wahnsinns, d. h. der Weg des ewigen Lohnabbaus weiter begangen werden soll oder ob jetzt endlich einmal Löhne und Preise in ein erträgliches Verhältnis gebracht werden.

Die Gewerkschaften haben also zunächst erreicht, daß nicht durch einen Fehlspruch im Lohnkonflikt der Eisenbahner sowohl für die Arbeiter der Reichsbahn wie für die gesamte Arbeiterschaft, ja für die gesamte Wirtschaft eine verhängnisvolle Entscheidung getroffen wurde. Da am 31. Oktober über zwei Drittel aller deutschen Lohntarife ablaufen und dadurch Millionen von Arbeitern mit ihren Angehörigen vor der Schreckensfrage stehen: hungern oder noch mehr hungern? wäre es ein Verbrechen gewesen, wenn jetzt in der Lohnfrage der Eisenbahner ein neuer Lohnabbau sozusagen vom Zaun gebrochen worden wäre.

Die Klärung der Lohnfrage soll also im Wirtschaftsbeirat herbeigeführt werden — die Klärung; die Entscheidung wird bei der Regierung liegen. Von der Verantwortung für diese Entscheidung wird niemand die Regierung befreien können. Wird der Reichskanzler bei dieser Entscheidung zu seinem Wort stehen, daß die Unternehmer nicht glauben sollten, nur allein mit dem Lohnabbau könnte die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden?

Die Fanatiker des Lohnabbaus machen die größten Anstrengungen, um die Regierung auf dem Weg des Wahnsinns, d. h. auf dem des Lohnabbaus bis unter die Arbeitslosenunterstützung, vorwärtszudrängen. Die Wirkung dieser Anstrengungen ist in der Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Allgemeinverbindlichkeit von Lohntarifen bereits recht deutlich zu beobachten. Will das Ministerium vor dem Drängen der Scharfmacher noch weiter zurückweichen? Will der Reichsarbeitsminister sein Wort, daß er für die Erhaltung des Tarifgedankens eintrete, durch die Praxis seines Ministeriums zu einer Phrase machen lassen? Die Gefahr, daß das eintritt, ist sehr groß.

Die Vorstöße des Unternehmertums hinter den Kulissen werden geschickt gedeckt durch ein wildes Trommelfeuer der Unternehmerpresse gegen die Gewerkschaften. Die Scharfmacherorgane bringen es jetzt bereits fertig, die Gewerkschaften mit den Junkern von anno 1918 in eine Parallele zu stellen. Was damals die Sozialdemokratie den Junkern im Herrenhaus vorgehalten habe, das gelte heute unter geschichtlich veränderten Verhältnissen für die Sozialdemokratie selbst, die mit rückwärts gewandtem Blick an innerlich längst ausgehöhlten Errungenschaften mit der gleichen Liebe hänge, wie sie seit jeher Reaktionären zu eigen gewesen sei. Die Gewerkschaften hätten keinen Blick dafür, daß das Schicksal der Tarifverträge nur davon abhänge, ob der Inhalt der Tarife rechtzeitig im Einklang mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebracht werde. Keine Form lasse sich retten, wenn ein übersteigerter Druck ihres Inhalts alle Fesseln sprenge. Die größte Gefahr für die Tarifverträge liege in der einfachen Tatsache, daß immer weniger Arbeitnehmer gewillt seien, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, wenn sie vor der Wahl stünden, ob ihre Betriebe mit dem Tarifvertrag zugrunde gehen sollen oder unter Verzicht auf die Tarifvorschriften weiter bestehen bleiben dürfen. Erst wenn die Tarifwahrheit in dem Sinn hergestellt sei, daß die im Tarif enthaltenen Löhne den Lebensinteressen der Wirtschaft entsprechen, könne überhaupt die Autorität des Tarifgrundsatzes gewahrt werden.

Man sieht, der Verkehr der Scharfmacher mit Hitler blieb nicht ohne Wirkung. Hitlers Organe könnten nicht demagogischer reden. Die Unternehmer wollen Tarifwahrheit? Sie wollen Löhne, die den Lebensinteressen der Wirtschaft entsprechen! Nun, über diese Lebensinteressen wird man sich hoffentlich im Wirtschaftsbeirat recht deutlich aussprechen. Zu diesen Lebensinteressen gehört auch das Leben, das nackte Leben der Arbeiter. Und zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gehört auch die Aufrechterhaltung des letzten Restes der Kaufkraft, der den Arbeitsmarkt vor dem völligen Zusammenbruch schützt. Die Tarifwahrheit aber besteht in Löhnen, die unter die Arbeitslosenunterstützung sinken. Wenn die Wirtschaft mit dieser Wahrheit noch nicht leben kann, dann ist ihr nicht mehr zu helfen. Nach der Abrechnung der Invalidenversicherung vom zweiten Quartal dieses Jahres verdienen 51,3 Prozent der versicherten Arbeiter pro Monat weniger wie 100 Mark Bruttolohn. Die an sich niedrigen Tariflöhne sind wiederholt gesenkt worden. Im Ruhrbergbau um 13 Prozent. Ferner bestehen heute allgemein kurze Kündigungsfristen für die Lohntarife. Außer den Lohnabzügen kommt ein gewaltiger Lohnausfall in Frage durch Kurzarbeit und Feierschichten. In der Textilindustrie gibt es fast keine vollbeschäftigten Arbeitnehmer mehr. In den Industriestädten gibt es heute Tausende von Fällen, in denen der Arbeiter nicht einmal mehr so viel Lohn mit nach Hause bringt, wie die Wohlfahrtsunterstützung beträgt. Das ist die Tarifwahrheit und das sind Feststellungen, die nicht von den freien Gewerkschaften, sondern von christlicher Seite stammen.

Die Wahrheit über die Tarife, die Wahrheit über die Wirtschaft überhaupt, im Wirtschaftsbeirat muß sie während der Kampfpause der Lohnbewegung an den Tag.

Vertagte Lohnverhandlungen für die Berliner Metallindustrie

Die Lohnverhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, die am Mittwoch stattfanden, wurden auf Freitag vertagt. Die Veranlassung dazu war ein Vorschlag des Metallarbeiter-Verbandes, die Geltung der Lohnbestimmungen kurzfristig zu verlängern, bis der Wirtschaftsbeirat über die Frage der Senkung der Gestehungskosten gesprochen habe. Die Arbeitgeber erklärten, sie würden diesen Vorschlag bis Freitag beantworten.

Ihre Lohnabbauforderungen haben die Arbeitgeber bis jetzt noch geheimgehalten. Sie forderten vom Metallarbeiter-Verband einstweilen grundsätzliche Zustimmung zum Lohnabbau. Allem Anschein nach sind ihre Lohnabbauforderungen so ungeheuerlich, daß sie sich damit gar nicht herausgetrauen.

Reichskonferenz für die Theater-, Kino- und Varietéangestellten

Der Gesamtverband hat für Freitag eine Reichs-Konferenz für die Theaterarbeiter, Kino- und Varieté-Angestellten nach Darmstadt einberufen. Auf der Tagesordnung stehen neben organisatorischen Fragen zwei Vorträge über die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf die Theater; Nestriepke von der Volksbühne spricht über das Thema: „Werden Rundfunk und Tonfilm die Sing- und Sprechbühne verdrängen?" und Dr. Günther vom Filmamt Berlin über „Filmtechnik und Filmvorführung".

Das Theaterpersonal ist zu 90 Prozent im Gesamtverband organisiert. In den Lichtspieltheatern ist das Organisationsverhältnis nicht ganz so günstig. Die Reichskonferenz wird sich daher auch eingehend mit der organisatorischen Erfassung des Personals der Lichtspieltheater beschäftigen.

Du bist Gewerkschafter
Bist du auch Genossenschafter?

Fachausschuß und Heimarbeiterlohnkontrolle

Vom Bekleidungsarbeiterverband, Ortsgruppe Breslau, wird uns geschrieben:

Der erbitterte Kampf des vereinigten Unternehmertums jeglicher Coleur und Formats gegen Tarifrecht, Schlichtungsordnung usw. ist der beste Beweis dafür, daß der Kapitalismus nicht etwa lediglich in dem Bestehen dieser umkämpften Gesetze eine lästige Fessel erblickt, sondern in deren praktischen Anwendung und Ausführung.

Solange jedoch Sozialgesetze bzw. Arbeiterschutzgesetze nur die Spalten des Reichsgesetzblattes und die Bibliotheken der Behörden ausfüllen und lebendige Gestaltung und Anwendung vermissen lassen, solange entfachen dieselben auch nicht den Widerstand der Arbeitgeber.

Ein derartiges Mauerblümchen innerhalb der sozialen Gesetzgebung ist das Hausarbeitsgesetz in der Fassung vom 30. Juni 1923, das sogenannte Heimarbeiterlohngesetz, ergänzt durch die Verordnung über Fachausschüsse für Hausarbeit vom 26. November 1924.

Wohl sind in einer Reihe von Orten und Berufen seitens der Fachausschüsse Mindestentgelte festgesetzt worden. Darüber hinaus hat der Fachausschuß das Recht und die Pflicht, Kontrolle darüber auszuüben, daß diese Mindestentgelte auch tatsächlich gezahlt werden.

Von dieser Kontrolle können aber auch die für Hausarbeiter anderweitig festgelegten Tarifverträge erfaßt werden, sobald dieselben verbindlich sind.

Ein Kontrollrecht allein wäre jedoch eine kaum wirksame volle Sache, bestände nicht gleichzeitig damit eine Exekutive, bei Verstößen gegen Unterzahlungen eine Strafbefugnis usw.

Diese Möglichkeit geben nun die §§ 37 ff. des HAG., sogenannte Bußverfahren.

In Erkenntnis dessen, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten allen diesen Aufgaben nicht ausreichen, auch mit den ihnen obliegenden Arbeiten überreichlich belastet sind, wurden für Gebiet des Freistaates Preußen im Jahre 1929 Sonderbeamte, deren Anzahl vier betrug, zu dieser Sonderkontrolle eingesetzt.

Diese in der Zahl so beschränkte Sonderkontrolle, bei Heimarbeiterlohnkontrolle, kann naturgemäß nur als ein Anfang auf diesem Gebiet angesehen werden. Wenn sie auch nur einigermaßen ihren Zweck erfüllen sollen, ist es unumgänglich notwendig, nicht nur deren Zahl zu vermehren, sondern sie auch einzelne Gruppen der Heimarbeit und für manche Gebiete spezialisieren.

Was will es z. B. bedeuten, wenn für das ganze Gebiet des Fachausschusses für den Bezirk Niederschlesien und Teile der Provinz Oberschlesien eine einzige Beamtin als Heimarbeiterlohnkontrolle auch nur einigermaßen ihren Aufgaben gerecht werden soll. Hat man es doch hier mit einem Bezirk zu tun, neben einer umfangreichen Textilindustrie auch eine umfangreiche Konfektionsindustrie umfaßt. Gerade der Sitzort dieses Fachausschusses, die Stadt Breslau, weist eine ausgebreitete Herren- Damen- und Wäschekonfektion auf, die nach der Berufszählung des Jahres 1925 unter allen ortsansässigen Industrien in der Zahl der Beschäftigten mit an erster Stelle steht.

In Zeiten normaler Wirtschaft empfindet man mangelnde Lohnkontrolle weniger. Da genügt in der Regel das Vorhandensein und die Tätigkeit der vertragschließenden Arbeitnehmerverbände. Auch Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt greifen da regulierend ein.

Anders dagegen in Zeiten, wie wir sie nunmehr seit Jahren erleben. Lohndruck, Tarifbruch und Tarifumgehung sind das Stigma der Zeit geworden. Eine Arbeiterschaft, die in normalen Zeiten auf die Einhaltung der bestehenden Tarifverträge achtet, unterliegt in Zeiten, wie sie jetzt sind, dem Druck der Arbeitgeber und dem Druck der großen Arbeitslosigkeit, erträgt zähneknirschend den Tarifbruch des Arbeitgebers. Aufbäumen dagegen führt in der Regel zur Arbeitslosigkeit. Es wäre nun die große Stunde der Heimarbeiterlohnkontrolle gekommen. Hier bestände die Möglichkeit ohne Gefährdung des Arbeitsplatzes, dem Arbeitnehmer seinen gerechten Lohn zu garantieren.

Aber was erlebt man? Ein Versagen der Heimarbeiterlohnkontrolle nach jeder Richtung. Einmal die oben geschilderte Unzugänglichkeit, dann die mangelnde Tarifkenntnis, die übrigens nicht zu sein brauchte, wenn man die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch in der Tat durchführen würde, und nicht zuletzt die Befürchtung bei der vorgesetzten Dienstbehörde ein ungünstiges Licht gestellt zu werden, was mitunter eine Karriere schaden könnte. Denn gerade der vorgesetzten Dienstbehörde mag es zuzuschreiben sein, daß diese Mängel vorhanden sind. Rücksichtnahme auf die Wirtschaft in allen Ehren, aber doch nur bis zu einem gewissen Grade. Rücksichtnahme aber auch auf die wirtschaftlich Schwachen, die Arbeitnehmer, die auch ein Glied der Wirtschaft sind, und zu deren Betreuung alle die Behörden in erster Linie geschaffen wurden.

Die Heimarbeiterschaft insgesamt kämpft um Leben und Sterben. Noch nie war ihr Schutzbedürfnis größer als in der Krise. Wenn nicht bald fühlbar das Hausarbeitsgesetz in allen seinen Zuständigkeiten wirkliche Lebendigkeit wird, dann hat es überhaupt seinen Zweck verfehlt. Dann sind wir wieder in das typischen Heimarbeiterelend des vorigen Jahrhunderts.

Dies gilt besonders auch für die Herrenkonfektion. Unerhörter Lohndruck, rigorose Umgehung des Tarifvertrages, sind alltägliche Erscheinungen. In die Tausende von Mark gehen die Unterzahlungen. Neben diesem unersetzlichen finanziellen Verlust geht Hand in Hand damit ein Raubbau an der Gesundheit der Arbeitnehmer. Wird doch ein derartiger Lohnverlust durch überlange Arbeitszeit versucht, auszugleichen. Eine Verzweiflungsstimmung hat Platz gegriffen, die das Elend noch vergrößert.

Hier Einhalt zu gebieten, ist das Gebot der Stunde. Ob dies möglich ist, zeigen die Erfahrungen an anderen Orten.

Darum, Heimarbeiterlohnkontrolle, heraus aus der Reserve, zugepackt mit beiden Händen, unsere Unterstützung haben Sie. Ihr Dienst ist Dienst an der Kultur!

Generaldirektor Brennecke ist unzufrieden

Staatshilfe soll kapitalistische Unfähigkeit gutmachen

In der oberschlesischen Industrie- und Handelskammer gab es letzthin einmal Unzufriedenheit, da der Zentrumsabgeordnete Hartwig-Oppeln sich kritisch mit dem Problem der Kapitalflucht beschäftigt und dabei anscheinend verschiedenen Kammermitgliedern auf die Nerven gefallen war. Allerdings hat diese Frage gerade in Oberschlesien einiges Interesse, denn es ist allgemein bekannt, daß der ehemalige Generaldirektor der Schaffgotschschen Werke nach seiner Demission in die Schweiz ging und sich dort naturalisieren ließ, was ihm sicher nicht allzu teuer zu stehen kam, nachdem er jahrelang ein Einkommen von mehreren hunderttausend Mark bezogen hatte.

Natürlich gab es auch andere Ansichten und der Reichstagsabgeordnete Brennecke brachte, nach dem Bericht eines rechtsstehenden Blattes, zum Ausdruck, daß Schuld an dieser bedauerlichen Kapitalsverschiebung in das Ausland in erster Linie jene Kreise haben, die durch ihre Politik nicht gewillt sind, das Kapital in Deutschland zu schützen. Im übrigen, so führte er weiter aus, selbst wenn dieses Kapital nach Deutschland zurückkäme, würde es nicht zur Belebung der deutschen Wirtschaft verwandt werden, sondern wie das bisherige verwirtschaftet werden.

Herr Brennecke ist der geeignetste Mann, um sich gegen das „Verwirtschaften" von Kapital zu wenden. Er ist nämlich mit dem immerhin annehmbaren Monatsgehalt von 40 000 Mark Generaldirektor der Oberschlesischen Berg- und Hütten-A.-G., die vor fünf Jahren aus öffentlichen Mitteln mit insgesamt 46 Millionen Mark saniert werden mußte (ungeschützt). 10 Millionen wurden davon als von vornherein verlorenes Darlehen gegeben, die restlichen 36 Millionen sollen nach zehn Jahren mit 1 (ein) Prozent amortisiert werden.

Nachdem man große Teile der Werke als unrentabel stillgelegt hat, sieht man sich jetzt, soviel bekannt wurde, nach Osthilfe um, die ja in OS. sogar dazu dienen soll, Kirchenbauten zu finanzieren. Der Staat ist also (leider!) für Subventionierungen durchaus zu gebrauchen. Sonst aber polemisiert man munter gegen die angebliche Schutzlosigkeit des Kapitals, die wohl außer Herrn Brennecke und seinen Gesinnungsgenossen noch niemand bemerkt hat.

Wieder besserer Kohlenabsatz in Oberschlesien

Der Ausweis des Berg- und Hüttenmännischen Vereins über Förderung und Absatz in der zweiten Oktoberwoche weist gegenüber der Vorwoche wieder ein nicht unbeträchtliches Anziehen der Förderungs- und Absatzziffern auf, so daß auch die Haldenbestände eine, wenn auch nicht bedeutende, Verringerung erfahren haben. Im einzelnen wurden 364 487 Tonnen gegen über 351 848 Tonnen gefördert. Der Gesamtabsatz bezifferte sich auf 354 524 Tonnen gegenüber 338 472 Tonnen im Vormonat. Die Kohlenbestände verringerten sich von 739 140 Tonnen auf 731 719 Tonnen und die Koksbestände von 513 510 Tonnen auf 509 320 Tonnen.

Mißtrauen ist die höchste Bürgerpflicht

sagt der Vorsitzende des sächsischen Industriellenverbandes

Ueber ein seltsames Mitglied des am Donnerstag zusammentretenden Wirtschaftsbeirates berichtet das „Textilarbeiter", die Wochenzeitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Es handelt sich um den Vorsitzenden des Sächsischen Industriellenverbandes, Direktor Wittke, mit dem sich der „Textilarbeiter" in seinen Spalten recht oft beschäftigen muß. In der Chemnitzer Tagung seines Verbandes, die kürzlich stattfand, rief Wittke aus: „Mißtrauen ist die höchste Bürgerpflicht!" Im übrigen die übrige Rede Wittkes auf der genannten Tagung war so gehässig, daß das sächsische Wirtschaftsministerium Bedauern darüber aussprach. Unseres Erachtens dient der Herr seinem Ansehen, wenn er Wittke nach Sachsen zurückschickt.

Stillegungsanzeige der Linke-Hofmann-Busch-Werke A.-G.

Wie wir erfahren, haben die Linke-Hofmann-Busch-Werke AG. für ihre Abteilung Maschinenbau beim Regierungspräsidenten Stillegungsanzeige erstattet. Die in Schlesien gegenüber den anderen Erzeugungsgebieten wesentlich höheren Löhne und vor auch durch die ungünstige Frachtlage gesteigerten Selbstkosten lassen eine Wettbewerbsmöglichkeit gegenüber den westlichen Konkurrenzwerken angeblich nicht mehr zu. Nach Fertigstellung der vorliegenden Aufträge ist deshalb mit einer endgültigen Stillegung der Abteilung zu rechnen.

Stillegung der Oberschlesischen Kesselwerke

Infolge Auftragmangels haben sich die oberschlesischen Kesselwerke genötigt gesehen, Stillegungsantrag zu stellen, nachdem die ihr bisher von der Oberhausener Firma Babcock und Wilcox zur Ausführung abgegebenen Aufträge seit einiger Zeit ausgeblieben sind. Die Kesselwerke werden am 7. November stillgelegt, wodurch 13 Angestellte und 87 Arbeiter brotlos werden. Anstrengungen, den Betrieb wieder aufzunehmen, werden jetzt gemacht. Ein kleiner Teilbetrieb der Firma, die Blechschlosserei, soll vorerst noch fortgeführt werden.